

Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen im Auftrag des
Bundesverbandes deutscher Banken

November 2005

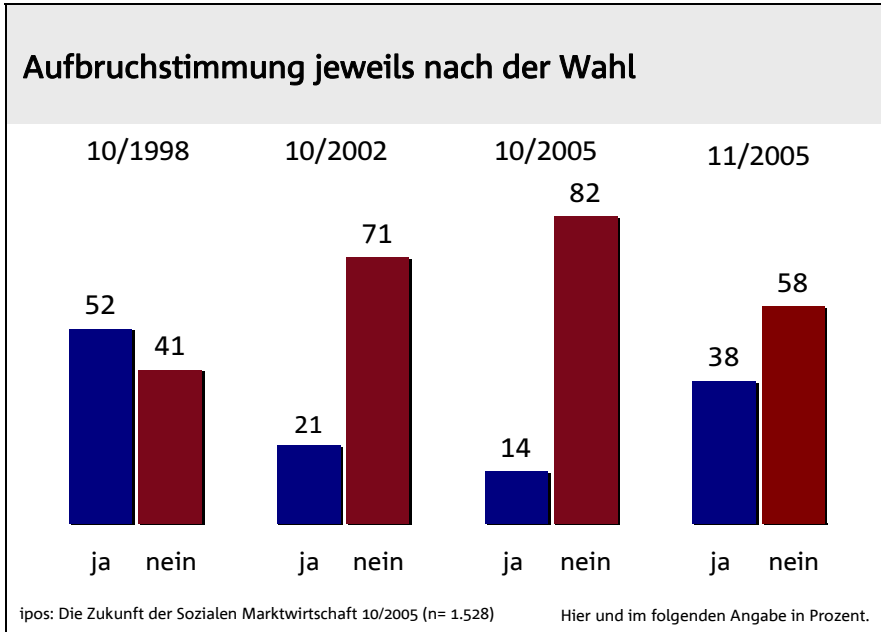
Die Untersuchungen wurden durchgeführt
im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken von:

ipos

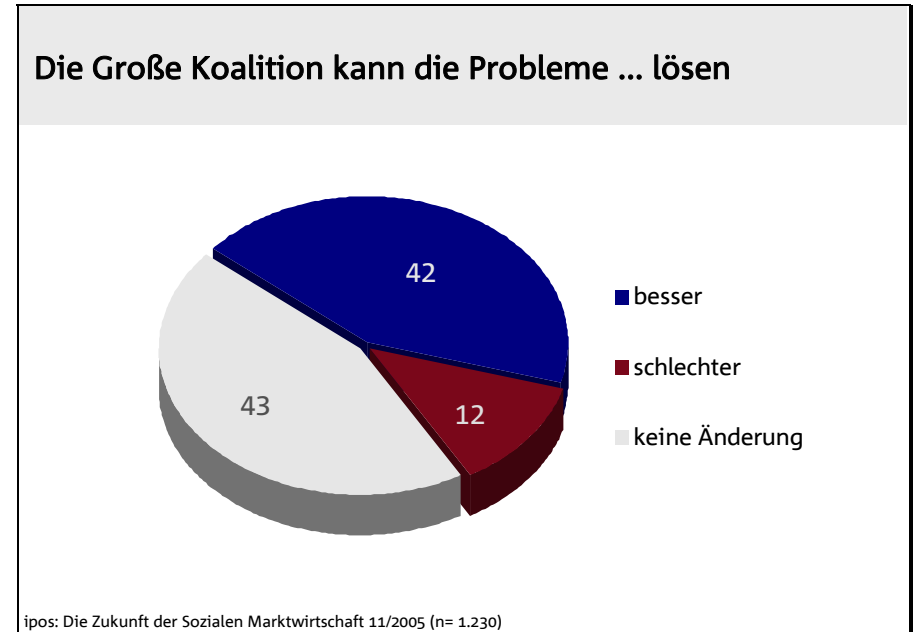
institut für praxisorientierte sozialforschung
Matthias Jung
Postfach 10 16 02 • 68016 Mannheim
Tel. 0621/12 33-0 • Fax: 0621/12 33-199

1.	Deutschland nach der Wahl	1
2.	Die Soziale Marktwirtschaft im Urteil der Bürger	7
3.	Sozialstaat und Reformbereitschaft	13
4.	Einstellungen zur Globalisierung	19
5.	Die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen	22
6.	Eigeninitiative in der Bürgergesellschaft	24
Anhang		
	Methodisch-statistische Anmerkungen	26
	Fragen im Wortlaut	27
	Kurzporträt i p o s	33

1. Deutschland nach der Wahl

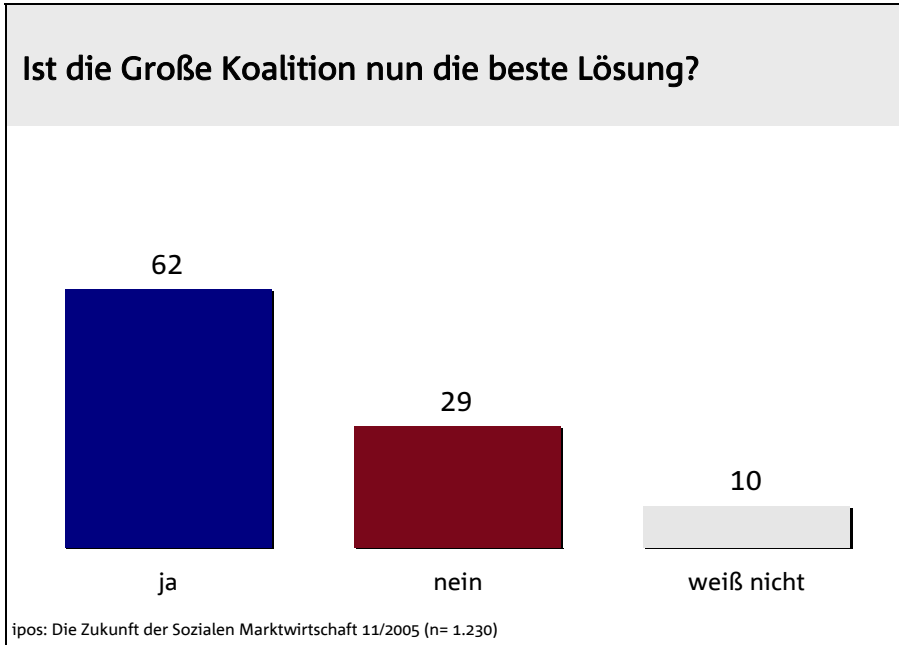


Die politische Stimmungslage in Deutschland hat sich in den letzten Wochen aufgehellt: Waren direkt nach der Bundestagswahl nur 14% der Deutschen der Auffassung, dass eine politische Aufbruchstimmung herrsche, so sind jetzt, nach Bildung der Großen Koalition, immerhin 38% dieser Meinung (Politbarometer 47. KW). Wenngleich noch immer eine Mehrheit keine Aufbruchstimmung erkennen kann, scheint damit doch zumindest eine Trendwende eingeleitet.

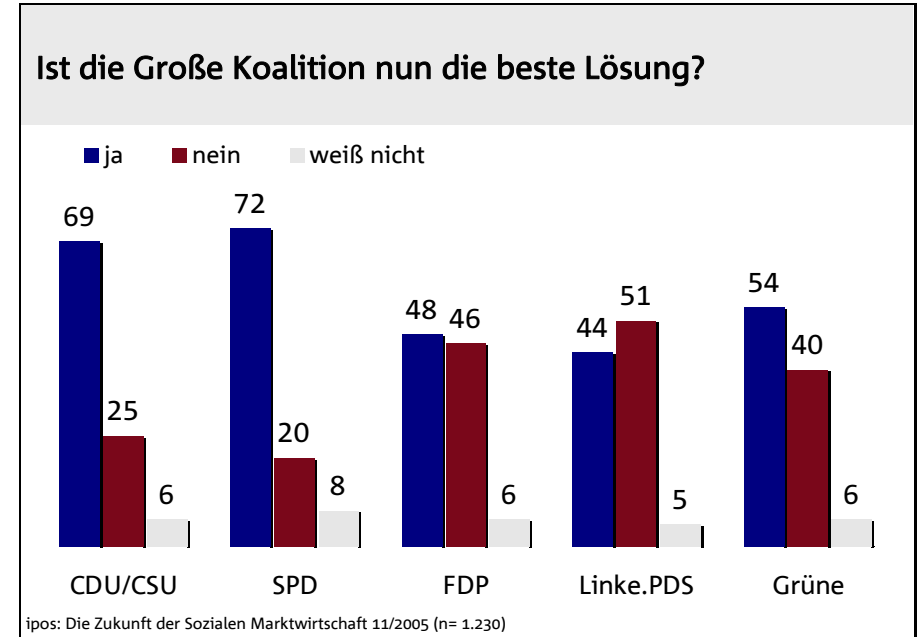


Die Deutschen verbinden mit der Großen Koalition einen vorsichtigen Optimismus: 42% der Befragten meinen, dass die Probleme des Landes nun besser gelöst werden können als unter der rot-grünen Vorgängerregierung. Nur 12% sind gegenteiliger Meinung, wobei allerdings 43% in dieser Hinsicht keinen Unterschied zwischen den beiden Regierungen sehen.

1. Deutschland nach der Wahl

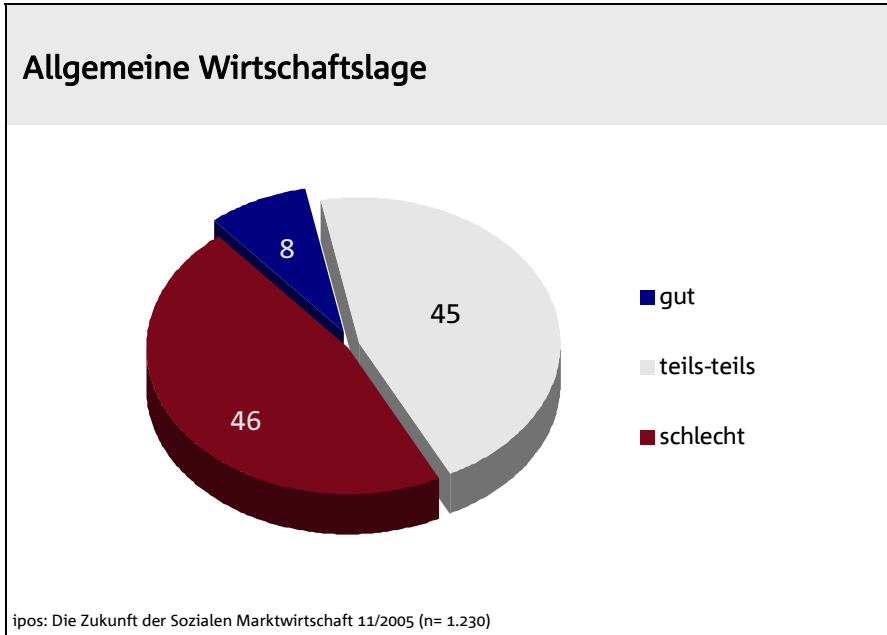


Obwohl unmittelbar nach der Bundestagswahl 79% der Befragten mit dem Ausgang der Bundestagswahl 2005 unzufrieden waren, wird unter den gegebenen Umständen die Große Koalition von einer deutlichen Mehrheit der Deutschen nun als die beste Lösung angesehen. 62% der Befragten sind dieser Auffassung, und geben damit auch der Hoffnung Ausdruck, dass die Große Koalition nun auch Reformen auf den Weg bringt.

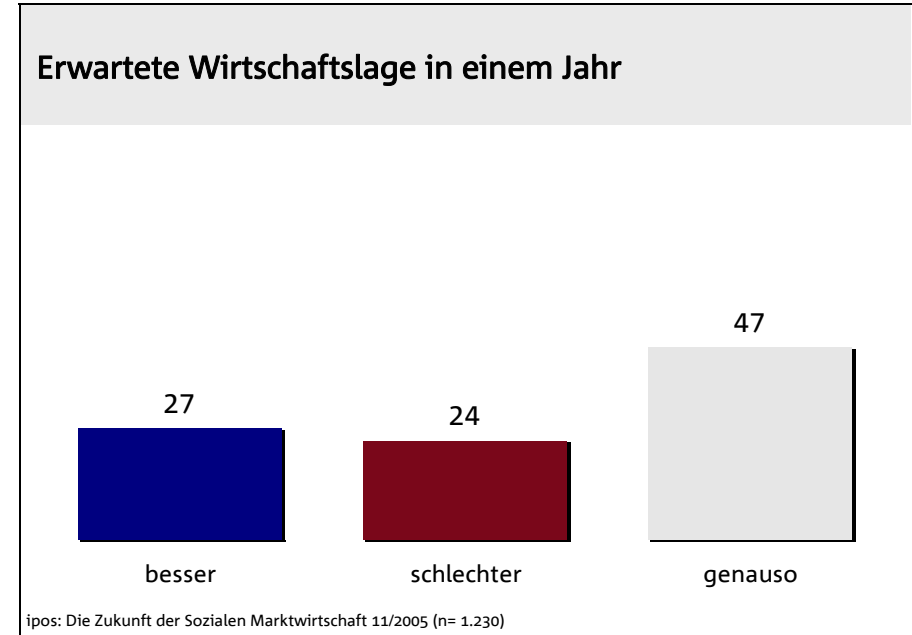


Erwartungsgemäß wird die Große Koalition vor allem von den Parteianhängern von CDU/CSU und SPD begrüßt. Aber auch bei den Wählern der anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien geht jeweils rund die Hälfte der Befragten davon aus, dass angesichts des Wahlergebnisses nun eine Große Koalition die beste Lösung ist. Dies zeigt, dass auch viele Anhänger der nicht an der Regierung beteiligten Parteien der neuen Bundesregierung einen gewissen Vertrauensvorschuss einräumen.

1. Deutschland nach der Wahl

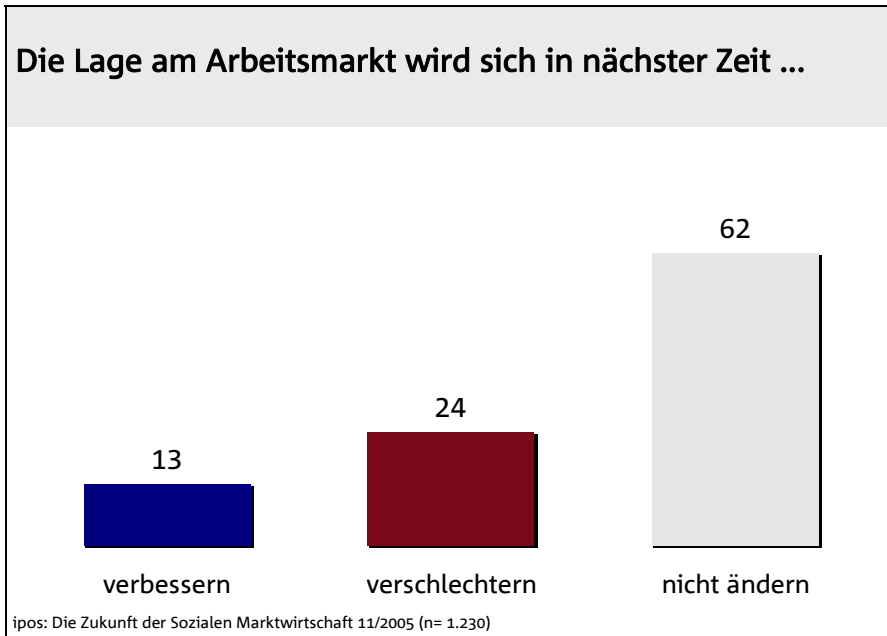


Die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland wird von der Bevölkerung eher pessimistisch eingeschätzt: Fast die Hälfte aller Deutschen beurteilt die wirtschaftliche Lage als schlecht. Ebenso viele Befragte sprechen von einer teils guten, teils schlechten Lage; nur eine Minderheit (8%) sieht eine gute Wirtschaftslage. Die ökonomische Situation wird damit nun schon seit Anfang 2002 von den Deutschen eher skeptisch bewertet.

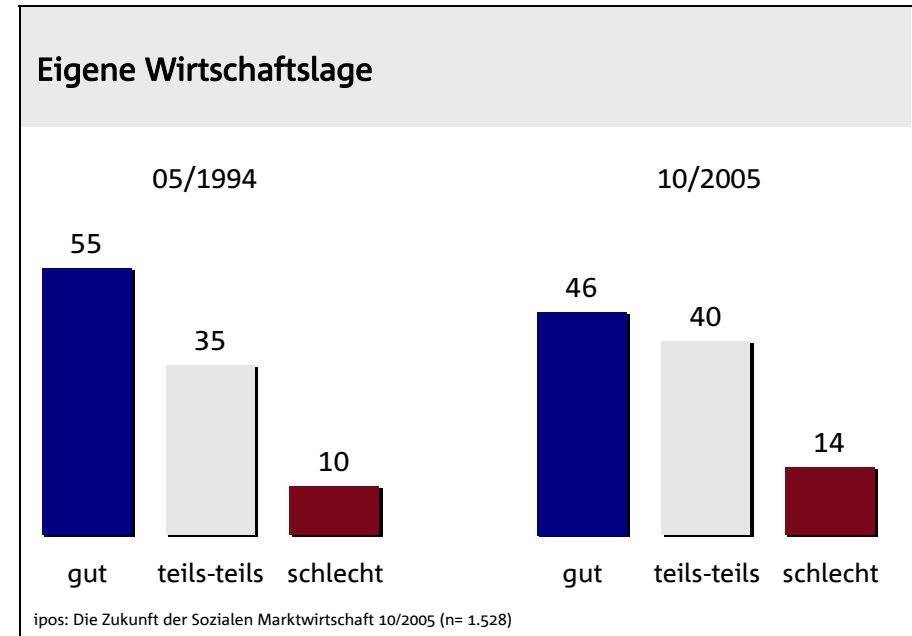


Auch was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft, bleiben die Deutschen vorerst skeptisch: Ausgehend von einer eher pessimistischen Einschätzung der aktuellen ökonomischen Situation (siehe linke Grafik), glaubt fast die Hälfte der Deutschen, dass die Wirtschaftslage in einem Jahr noch genauso sein wird. 27% der Befragten rechnen bis dahin mit einer Verbesserung, 24% aber mit einer Verschlechterung der Situation. Ein gefestigtes Vertrauen der Bevölkerung in einen wirtschaftlichen Erholungsprozeß setzt wohl zumindest erste Erfolge bei Wachstum und Beschäftigung voraus.

1. Deutschland nach der Wahl

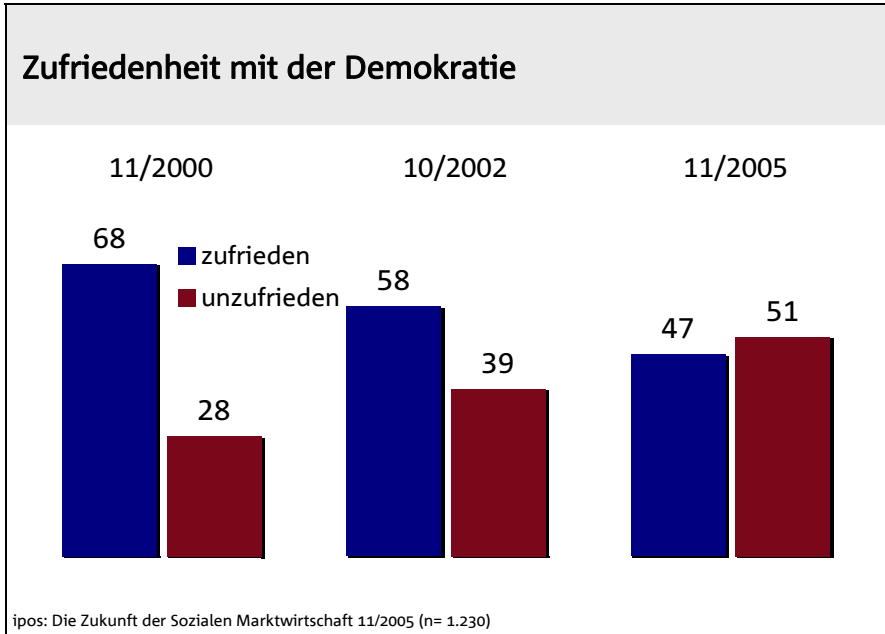


Gerade mit Blick auf den Arbeitsmarkt ist die Zuversicht der Deutschen auf Besserung gering. Nur 13% sind hier optimistisch. 62% der Befragten gehen hingegen davon aus, dass es in der nächsten Zeit zu keiner Änderung der Beschäftigungssituation kommen wird, 24% meinen sogar, die Arbeitslosigkeit werde sich noch erhöhen. Angesichts der seit Jahren ungelösten Arbeitsmarktprobleme dürfte sich – wie bei der Wirtschaftslage insgesamt – ein Stimmungsumschwung in der Bevölkerung erst nach sichtbaren Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt einstellen.

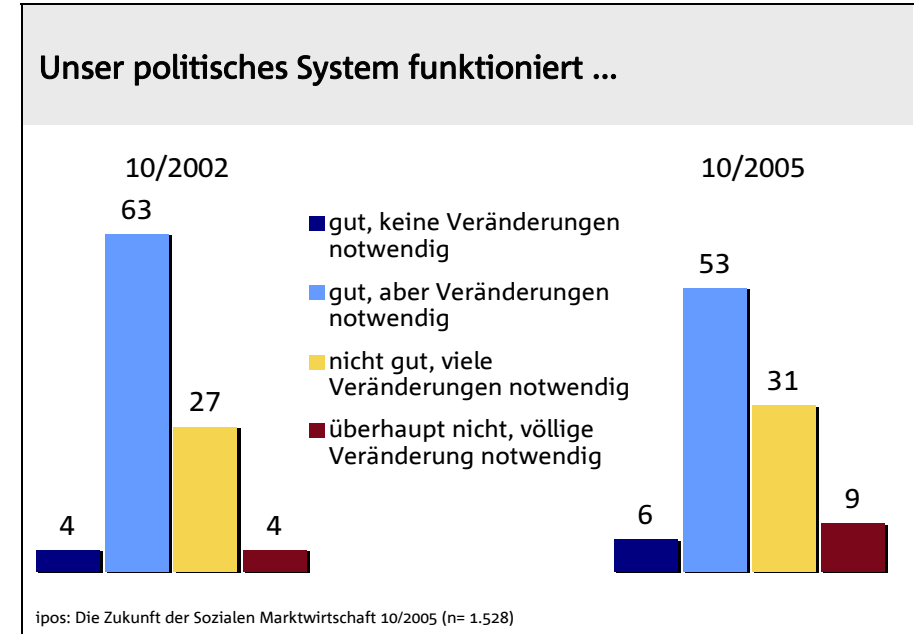


Während die allgemeine Wirtschaftslage eher kritisch beurteilt wird, sehen die Befragten ihre persönliche Lage deutlich positiver. Gemessen an den gesamtwirtschaftlichen Problemen, die durch eine schwierige Haushaltslage, die Überlastung der sozialen Sicherungssysteme und hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind, empfinden die meisten Deutschen ihre eigene wirtschaftliche Situation offenbar weniger dramatisch. Allerdings ist der Anteil derer, die ihre wirtschaftliche Situation als „gut“ beurteilen, im zurückliegenden Jahrzehnt erkennbar gesunken.

1. Deutschland nach der Wahl



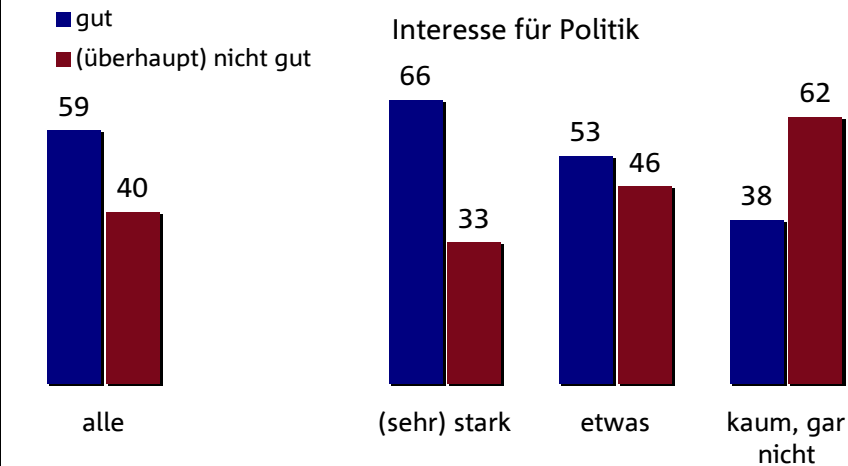
Die Zufriedenheit der Deutschen mit der Demokratie ist in der Tendenz deutlich rückläufig. Auch wenn bei dieser Frage vor allem die Bewertung des politischen und ökonomischen „Outputs“ im Vordergrund steht und nicht ein grundsätzliches Urteil der Bürger über die Demokratie als Staatsform, ist die mehrheitliche Unzufriedenheit in dieser Hinsicht doch Besorgnis erregend. Sie macht die Verantwortung nicht nur der Politik, sondern aller gesellschaftlicher Gruppen deutlich, jetzt in einer gemeinsamen Kraftanstrengung an der Verbesserung der Lage in Deutschland mitzuarbeiten.



Wenngleich die meisten Befragten der Meinung sind, dass das politische System in Deutschland im Großen und Ganzen gut funktioniert, sind aktuell deutlich weniger dieser Auffassung als noch im Jahre 2002. Dafür dürften nicht zuletzt die in jüngerer Vergangenheit sichtbar gewordenen politischen Entscheidungsblockaden verantwortlich sein, die durch Fehlentwicklungen auch im föderalen System entstanden sind. Die Zuweisung klarer politischer Verantwortlichkeiten im Zuge einer Föderalismusreform könnte hier eine positive Wirkung entfalten.

1. Deutschland nach der Wahl

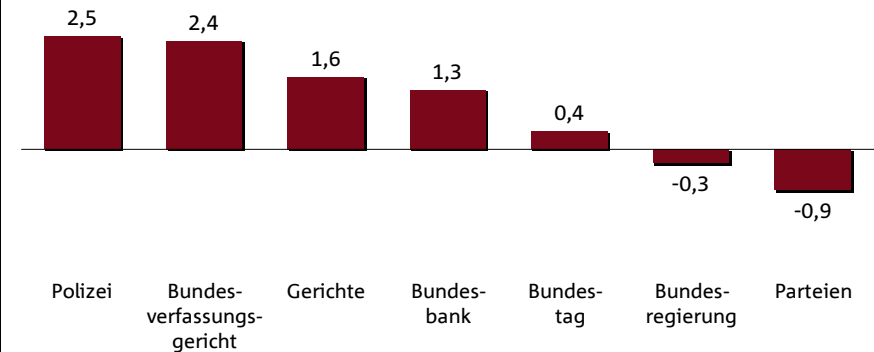
Unser politisches System funktioniert ...



ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

Die Beurteilung des politischen Systems hängt stark davon ab, wie sehr sich die Befragten für Politik interessieren. Befragte, die sich (sehr) stark für Politik interessieren, sind mehrheitlich der Ansicht, dass unser politisches System im Großen und Ganzen gut funktioniert, nur ein Drittel ist in dieser Personengruppe anderer Meinung. Hingegen sind 62% der politisch Uninteressierten der Ansicht, dass das politische System nicht gut funktioniert und verändert werden müsse.

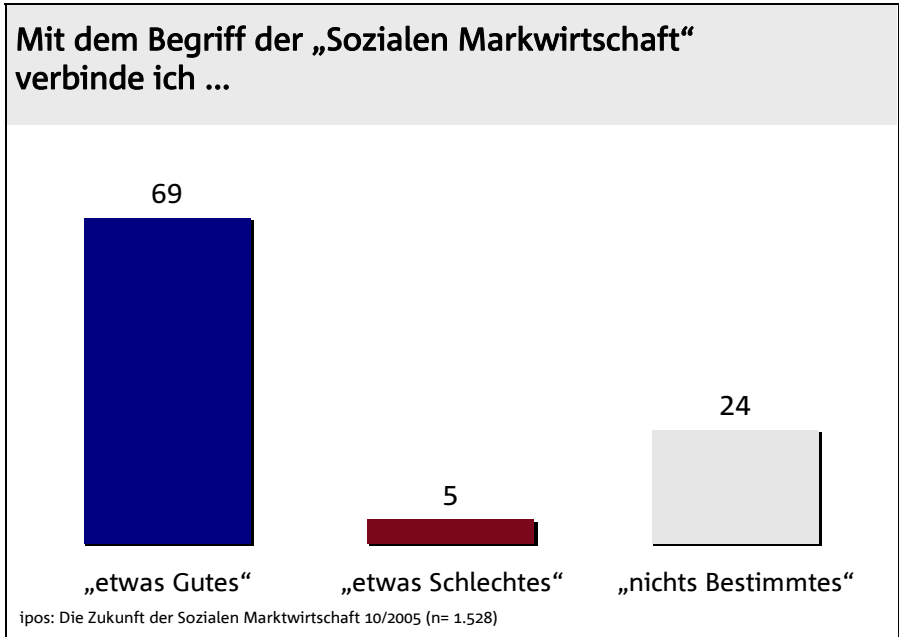
Vertrauen in verschiedene Institutionen/Organisationen (Skala von +5 bis -5)



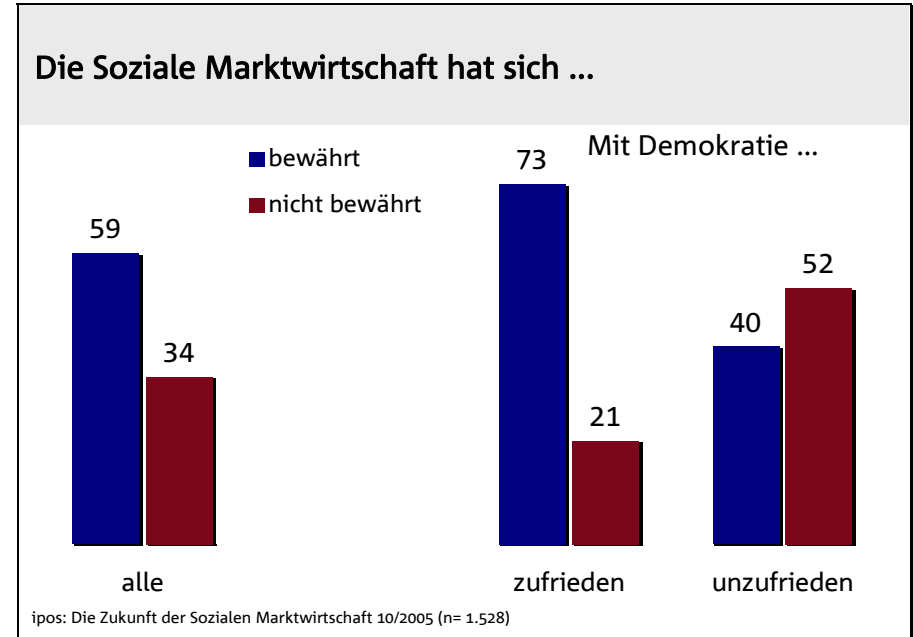
ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

In Deutschland gibt es nach wie vor eine deutliche „Politikverdrossenheit“: Auf einer Bewertungsskala von +5 bis -5 erreichen die Parteien sowie die Bundesregierung lediglich Beurteilungswerte im negativen Bereich. Der Deutsche Bundestag wird zwar von den Befragten etwas besser bewertet, liegt jedoch im Vergleich etwa zum Bundesverfassungsgericht oder der Polizei ebenfalls weit zurück. Allerdings gab es auch in Zeiten geringer Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen stets einen deutlichen Abstand insbesondere zu den Institutionen der Judikative.

2. Die Soziale Marktwirtschaft im Urteil der Bürger



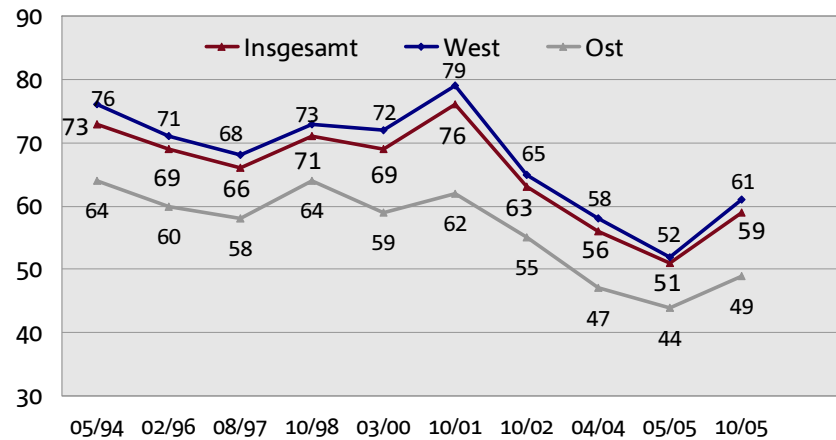
Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ ist bei mehr als zwei Dritteln der Deutschen positiv belegt. 24% der Befragten äußern, dass sie keine bestimmte Vorstellung haben, lediglich 5% deuten „Soziale Marktwirtschaft“ als etwas Negatives. Bei dieser Frage treten deutliche Bildungsunterschiede zu Tage. Für 53% der Hauptschulabgänger, aber 86% der Hochschulabsolventen ist der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ positiv besetzt.



Sechs von zehn Deutschen sind der Meinung, dass sich die Soziale Marktwirtschaft bewährt hat. Befragte, die mit dem politischen System zufrieden sind, sprechen noch deutlich häufiger davon, dass sich auch das Wirtschaftssystem bewährt hat. Die Soziale Marktwirtschaft wird von Befragten, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut bezeichnen, deutlich häufiger als bewährtes Wirtschaftssystem bezeichnet, als von Befragten, die mit ihrer eigenen ökonomischen Situation eher unzufrieden sind.

2. Die Soziale Marktwirtschaft im Urteil der Bürger

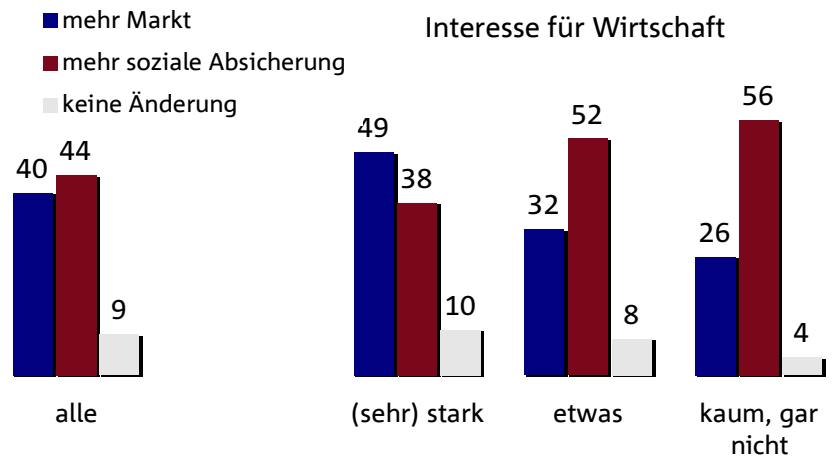
Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt



ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

Das Vertrauen der Deutschen in die Soziale Marktwirtschaft ist nach einem Tiefstand während der „Kapitalismus-Debatte“ vom Frühjahr 2005 erstmals seit Jahren wieder leicht angestiegen, verbleibt jedoch weiterhin erheblich unterhalb des Niveaus vorangegangener Jahre. Wie schon in der Vergangenheit, zeigen sich die Befragten im Osten Deutschlands – nicht zuletzt aufgrund der dort noch größeren wirtschaftlichen Probleme – gegenüber dem ökonomischen Ordnungsprinzip des Marktes erkennbar skeptischer als Befragte im Westen.

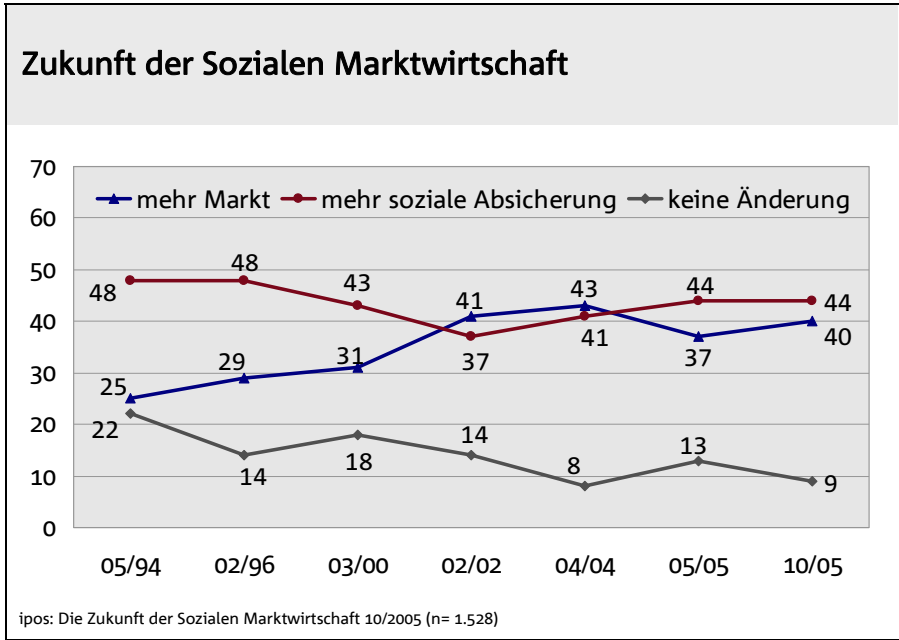
Für Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft gewünscht ...



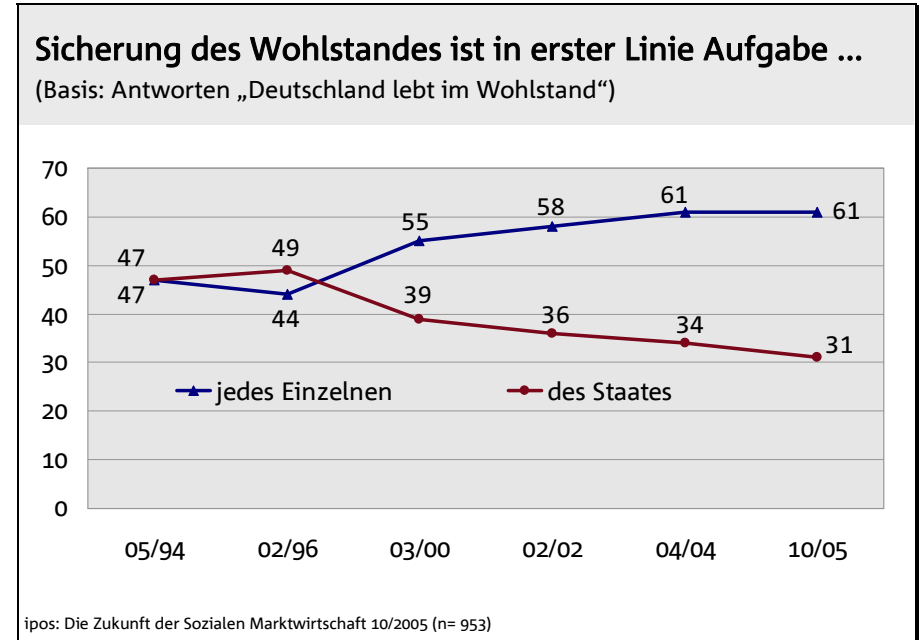
ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

Gespalten ist die Bevölkerung in der Frage, in welche Richtung sich die Soziale Marktwirtschaft zukünftig entwickeln soll. Während sich 40% der Deutschen für „mehr Markt“ aussprechen, wollen 44% künftig „mehr soziale Absicherung“ erreichen. Diejenigen, die sich (sehr) stark für Wirtschaft interessieren, treten mehrheitlich für die Stärkung von Marktmechanismen ein.

2. Die Soziale Marktwirtschaft im Urteil der Bürger

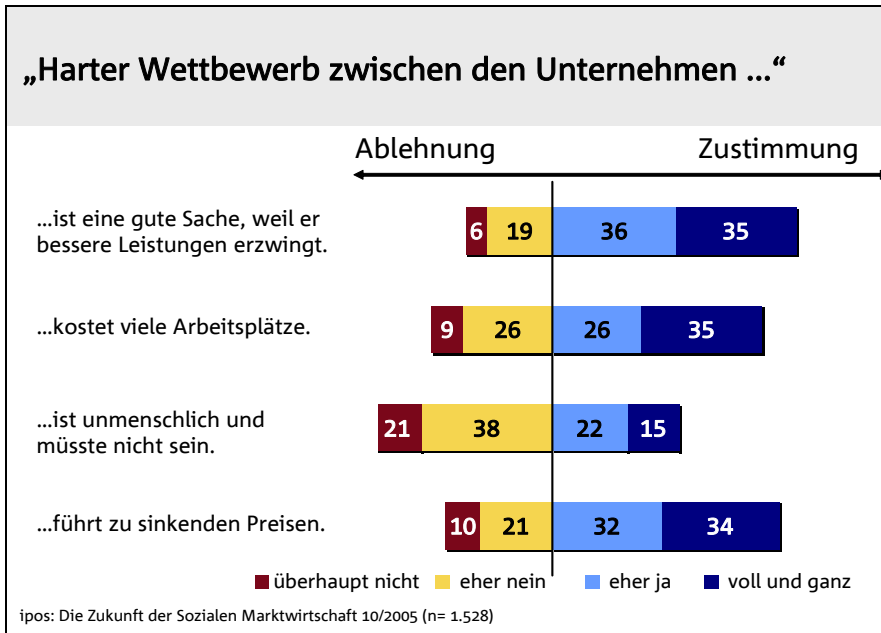


Das in der Bevölkerung bestehende Meinungsbild, wie sich die Wirtschaftsordnung in Zukunft weiterentwickeln soll, hat sich im zurückliegenden Jahrzehnt stark verändert. Mit Ausnahme eines kurzzeitigen Rückgangs im Frühjahr 2005 ist der Anteil der Deutschen, die „Markt und Wettbewerb“ gestärkt sehen wollen, kontinuierlich angestiegen. Allerdings verharrt der Anteil der Bundesbürger, der für „mehr soziale Absicherung“ eintritt, weiterhin ebenfalls auf einem hohen Niveau.

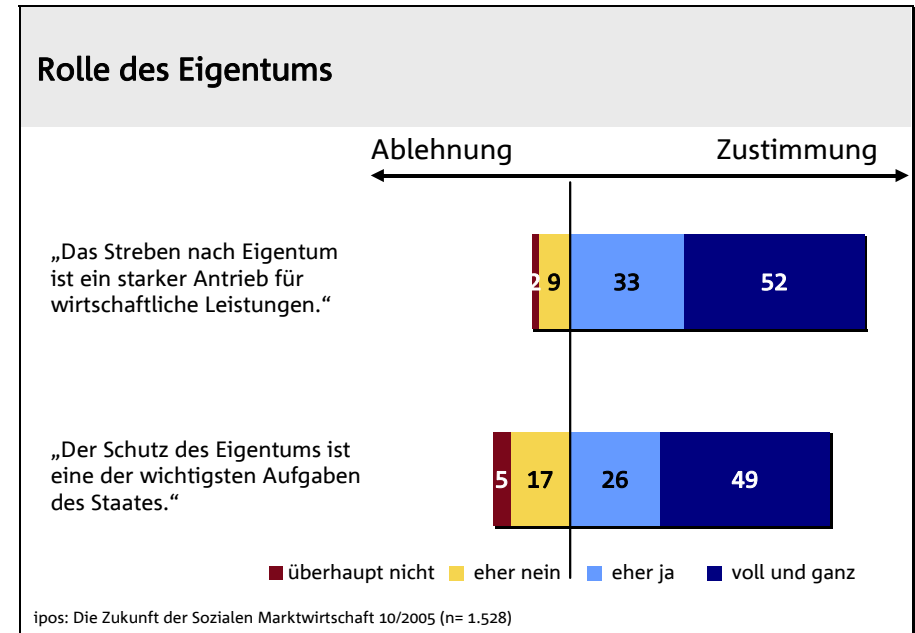


Einem langfristigen Wandel unterliegt auch die Auffassung der Deutschen darüber, wer für die Sicherung des Wohlstandes in Deutschland Verantwortung trägt. Während der Anteil derer, die Wohlstandssicherung primär als Staatsaufgabe betrachten, seit Jahren sinkt, sieht seit dem Jahr 2000 eine klare Mehrheit der Bevölkerung die Wohlstandssicherung vorrangig als Aufgabe des Einzelnen an. Das zeigt, dass die Bürger zunehmend bereit sind, ihre Eigenverantwortung im Grundsatz anzuerkennen.

2. Die Soziale Marktwirtschaft im Urteil der Bürger

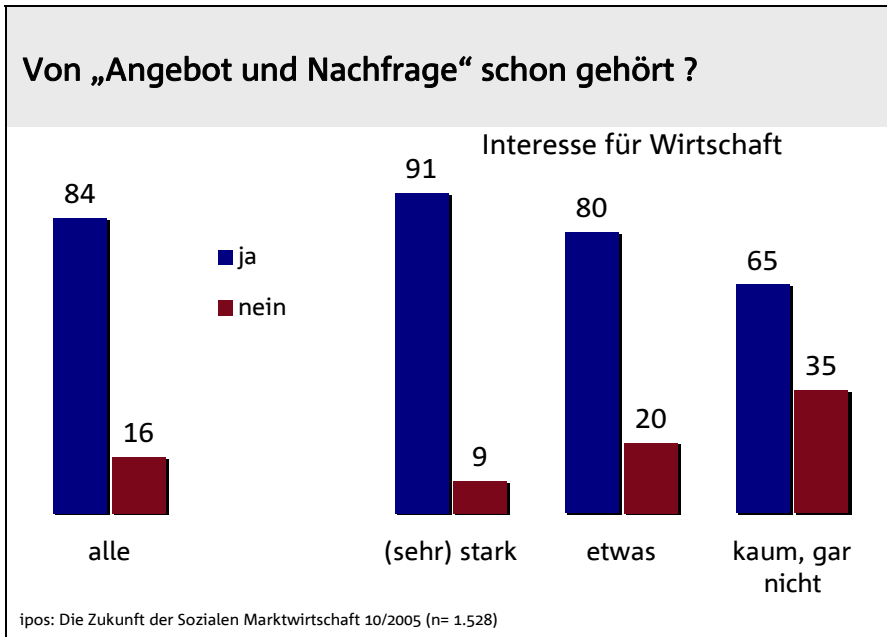


Das Wettbewerbsprinzip ist ein tragendes Element der marktwirtschaftlichen Ordnung. Dennoch wird harter Wettbewerb zwischen den Unternehmen von den Deutschen eher ambivalent beurteilt. 71% der Befragten stimmen zwar der Aussage zu, dass harter Wettbewerb die Unternehmen zu besseren Leistungen zwingt, und 66% meinen ferner, dass er zu sinkenden Preisen führt. Allerdings glauben 61% der Deutschen auch, dass harter Wettbewerb den Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge hat; 37% halten einen harten Wettbewerb gar für unmenschlich.

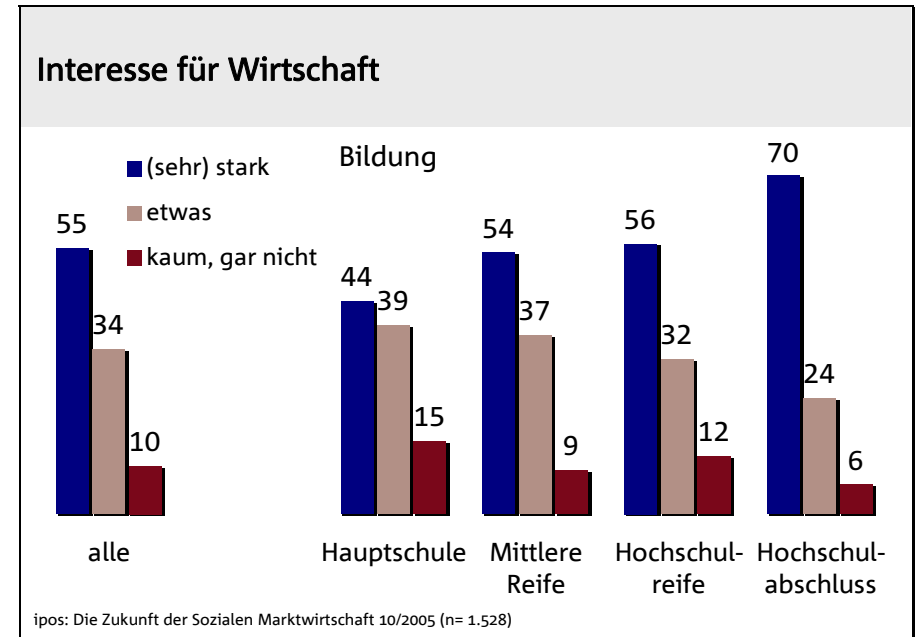


Die positive Rolle und die Schutzwürdigkeit privaten Eigentums sind in der Bevölkerung stark verankert. Die Aussagen, dass das Streben nach Eigentum ein starker Antrieb für wirtschaftliche Leistungen ist, und dass der Schutz des Eigentums eine der wichtigsten Aufgaben des Staates darstellt, erfahren unter den Befragten große Zustimmung.

2. Die Soziale Marktwirtschaft im Urteil der Bürger

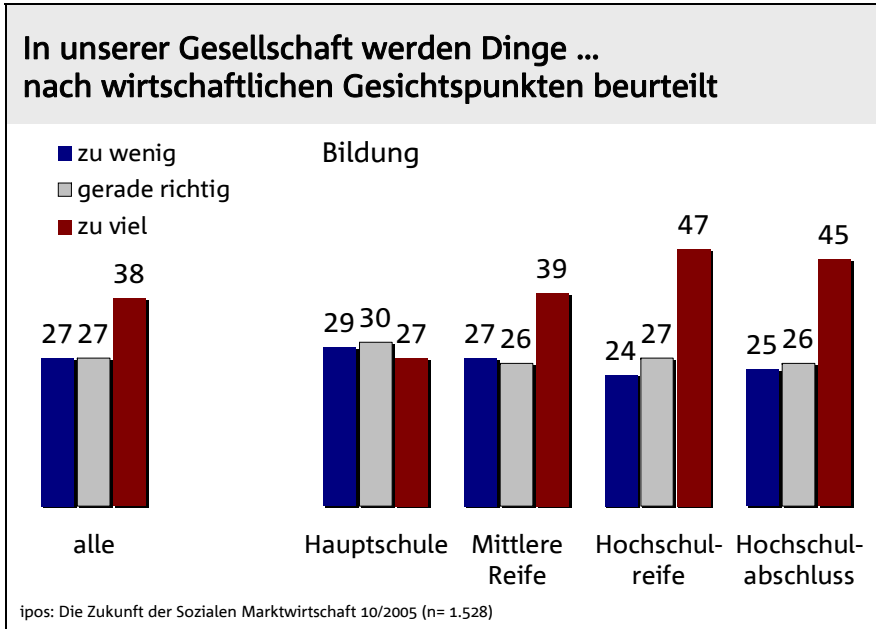


Mehr als acht von zehn Bundesbürgern haben laut eigener Aussage schon einmal vom wirtschaftlichen Grundprinzip „Angebot und Nachfrage“ gehört. Je stärker das Interesse der Befragten an Wirtschaftsfragen ist, desto häufiger kennen sie auch dieses marktwirtschaftliche Prinzip. Allerdings kann von der reinen Kenntnis der Begrifflichkeit noch nicht auf ein umfassendes Wissen über die zugrunde liegenden Marktmechanismen geschlossen werden. Auf die Nachfrage, was sie mit „Angebot und Nachfrage“ konkret verbinden, konnte nur weniger als die Hälfte Zutreffendes antworten.



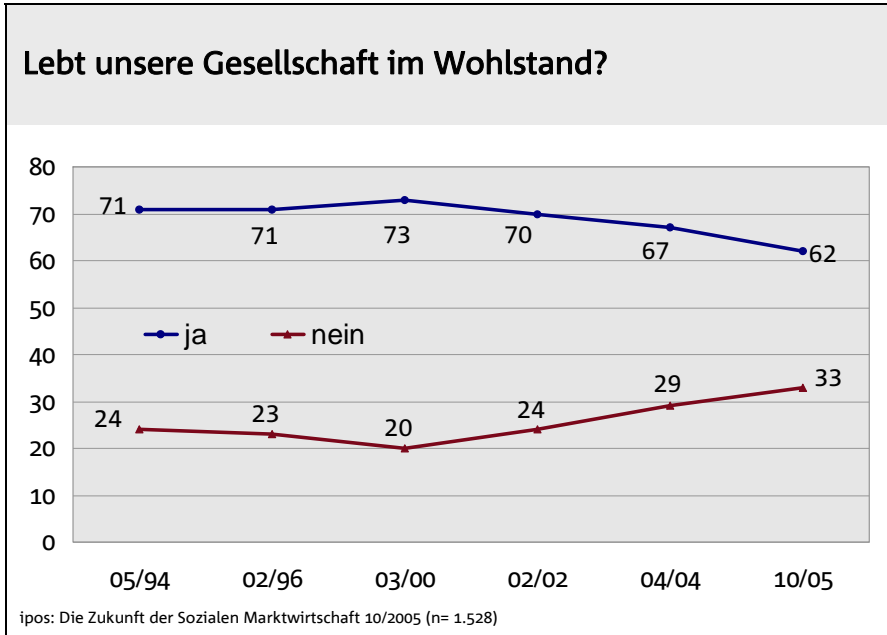
Glaubt man der Selbsteinschätzung der Befragten, ist das Interesse für wirtschaftliche Themen relativ groß. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung gibt an, (sehr) stark an Wirtschaftsfragen interessiert zu sein. Weitere 34% interessieren sich ein wenig, nur einer von zehn Befragten kann sich überhaupt nicht für Wirtschaftsfragen begeistern. Erwartungsgemäß nimmt mit steigender Bildung das Interesse für wirtschaftliche Zusammenhänge zu.

2. Die Soziale Marktwirtschaft im Urteil der Bürger

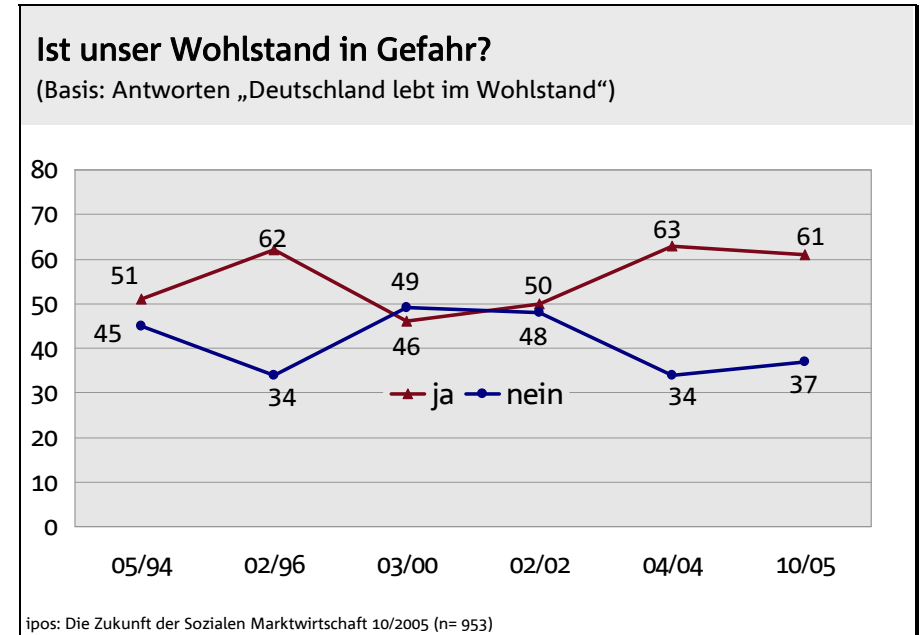


Die These von einer weit reichenden „Ökonomisierung“ unserer Gesellschaft wird mehrheitlich verworfen: Mit zusammen 54% sind über die Hälfte der Deutschen entweder der Meinung, dass wirtschaftliche Aspekte in Deutschland zu wenig Berücksichtigung finden (27%), oder sie sind damit zufrieden, wie dies in unserer Gesellschaft gehandhabt wird. Je höher die formale Bildung der Befragten, desto häufiger wird eine Ökonomisierung in unserer Gesellschaft kritisiert.

3. Sozialstaat und Reformbereitschaft

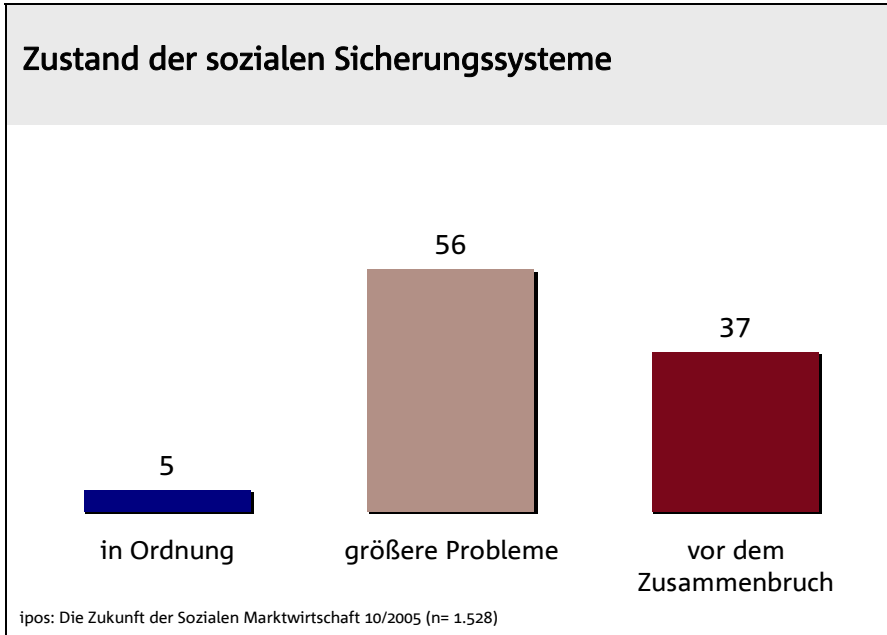


Die Deutschen nehmen bereits seit einigen Jahren einen Wohlstandsverlust wahr. Mit 62% ist zwar nach wie vor eine deutliche Mehrheit der Auffassung, dass unsere Gesellschaft im Wohlstand lebt. Doch dieser Anteil ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Diese Entwicklung findet ihre Entsprechung in einem langfristig feststellbaren Trend, bei dem der Anteil derjenigen zurückgegangen ist, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut bezeichnen.

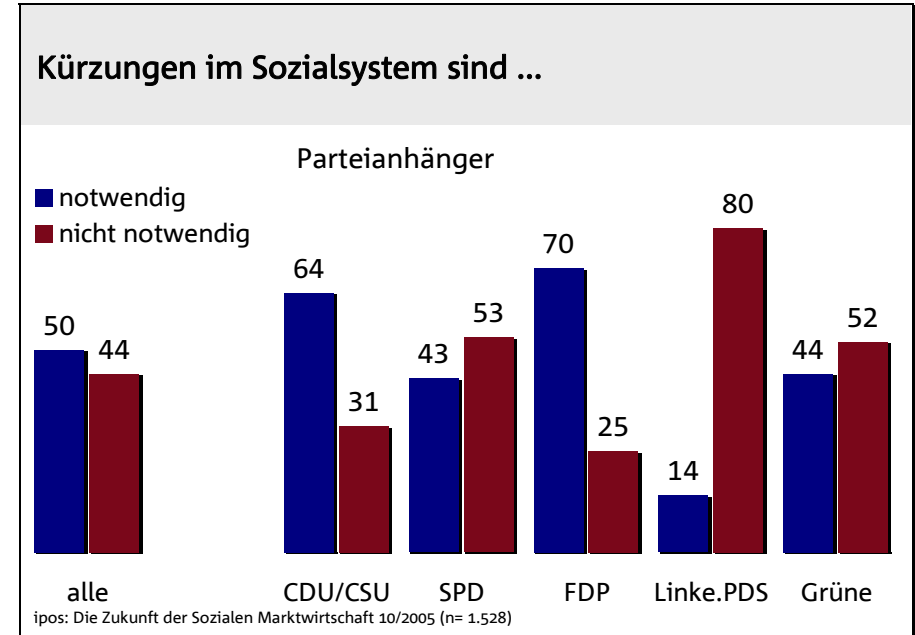


Die Befürchtung, gesellschaftlichen Wohlstand einzubüßen, ist auch unter jenen Deutschen groß, die das Land nach wie vor als eine Wohlstandsgesellschaft einschätzen. Von ihnen sehen 61% den Wohlstand in Gefahr, 37% teilen diese Befürchtung nicht. Vor drei Jahren waren beide Auffassungen noch etwa gleich häufig von den Befragten geäußert worden. Damals wurde allerdings auch die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland wesentlich positiver beurteilt.

3. Sozialstaat und Reformbereitschaft

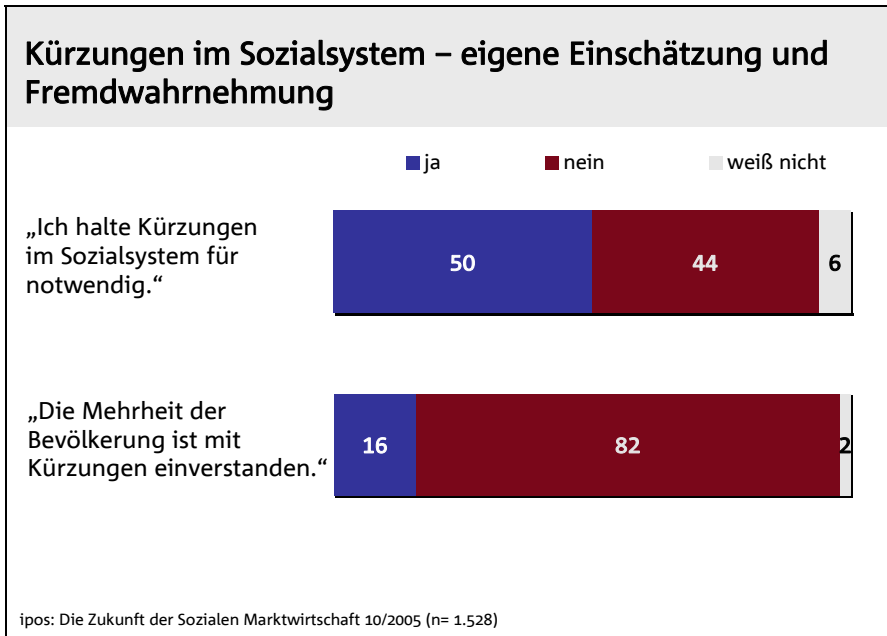


Den Zustand der sozialen Sicherungssysteme beurteilen die Deutschen überwiegend als problematisch: Nur 5% der Befragten meinen, bei Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sei alles „in Ordnung“, mehr als die Hälfte (56%) sieht „eine Reihe von größeren Problemen“, und 37% der Deutschen erwarten kurz- oder mittelfristig sogar den Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme. Die Sorgen der Bürger, die hier zum Ausdruck kommen, unterstreichen die politische Verpflichtung, die Reform der sozialen Sicherungssysteme nun nicht ein weiteres Mal zu vertagen.

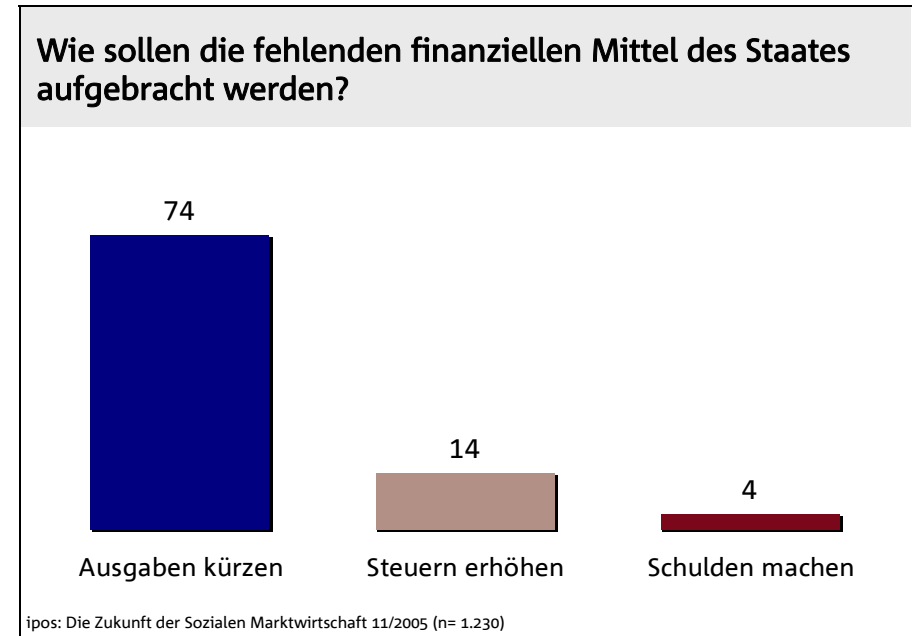


Eine Mehrheit der Deutschen hält Kürzungen bei den Sozialleistungen für notwendig. Allerdings fallen die Bewertungen der verschiedenen Parteianhänger unterschiedlich aus: Nur die Anhänger von Union und FDP halten mehrheitlich Einsparungen für unausweichlich. Angesichts der finanziellen Nöte der sozialen Sicherungssysteme ist der Anteil derer, die hier keine Einsparungen für notwendig halten, bemerkenswert hoch. Selbst von den Befragten, die die Sicherungssysteme vor dem Zusammenbruch sehen, halten zwei Fünftel entsprechende Kürzungen nicht für notwendig.

3. Sozialstaat und Reformbereitschaft

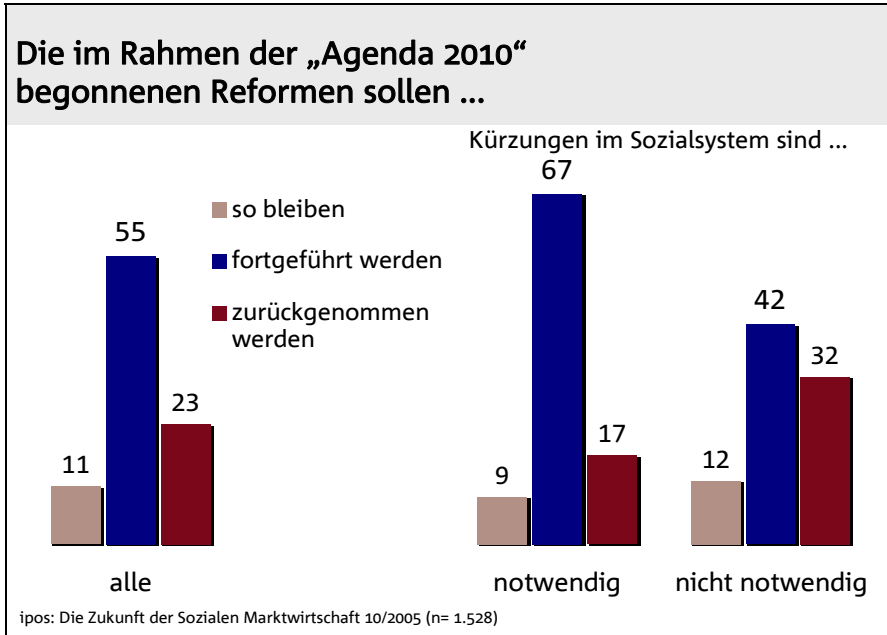


Die Hälfte der Bundesbürger sieht zwar selbst die Notwendigkeit des Sparens im Bereich des Sozialsystems, glaubt allerdings nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung mit Kürzungen einverstanden wäre. Lediglich 16% der Befragten glauben, dass die Deutschen mehrheitlich dafür sind, die Ausgaben für Sozialleistungen zu reduzieren. Damit wird die Ablehnung von Kürzungen im Sozialbereich deutlich überschätzt.

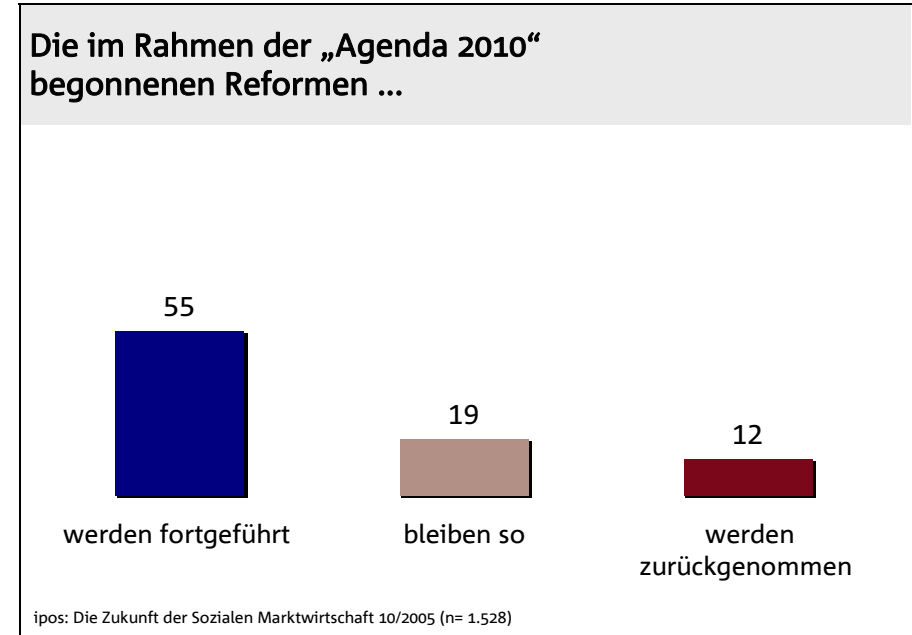


Die Deutschen geben staatlichen Einsparungen den klaren Vorzug vor Steuererhöhungen oder neuen Schulden. Auf die Frage, wie die derzeit fehlenden finanziellen Mittel des Staates aufgebracht werden sollten, antworten drei Viertel der Bundesbürger, dass vor allem die staatlichen Ausgaben gekürzt werden sollten. Nur 14% sprechen sich dafür aus, die Etatlücken durch Steuererhöhungen zu schließen; kaum jemand will, dass der Staat zusätzlich Geld aufnimmt. Erfahrungsgemäß verringert sich jedoch dieser breite Konsens, wenn man von Kürzungen persönlich betroffen ist.

3. Sozialstaat und Reformbereitschaft

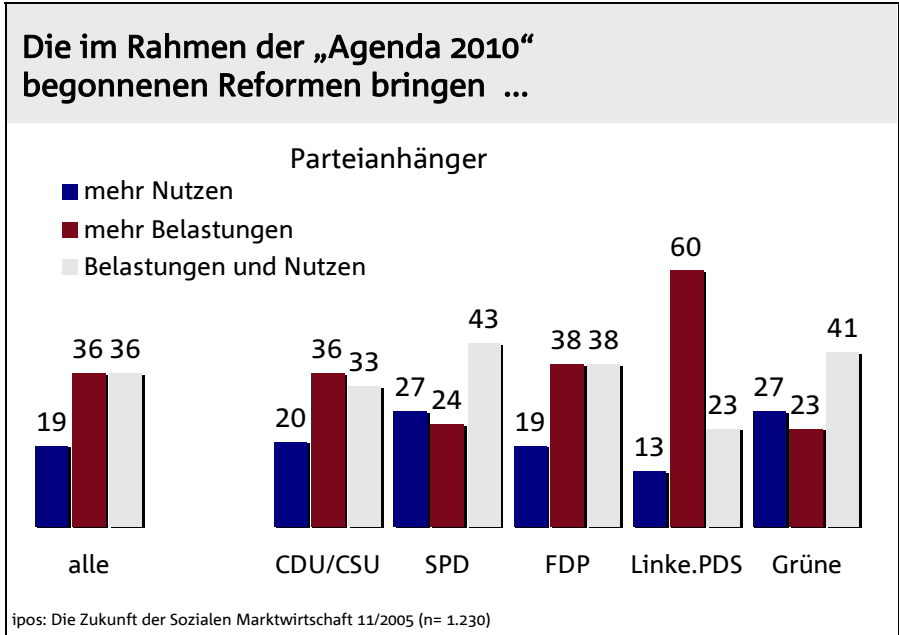


Die Mehrheit der Bevölkerung ist für das Fortführen der begonnenen Reformen im Rahmen der „Agenda 2010“. 11% wollen nur die bisherigen Reformmaßnahmen beibehalten, aber keine weitergehenden, und knapp ein Viertel würde auch die bisherigen Reformen lieber wieder rückgängig machen. Letztere Meinung wird deutlich häufiger (32%) von Befragten vertreten, die keine Notwendigkeit von Kürzungen im Sozialsystem sehen. Unter denjenigen, die für eine Rücknahme der Reformen plädieren, befinden sich besonders viele Anhänger der Linkspartei.PDS.

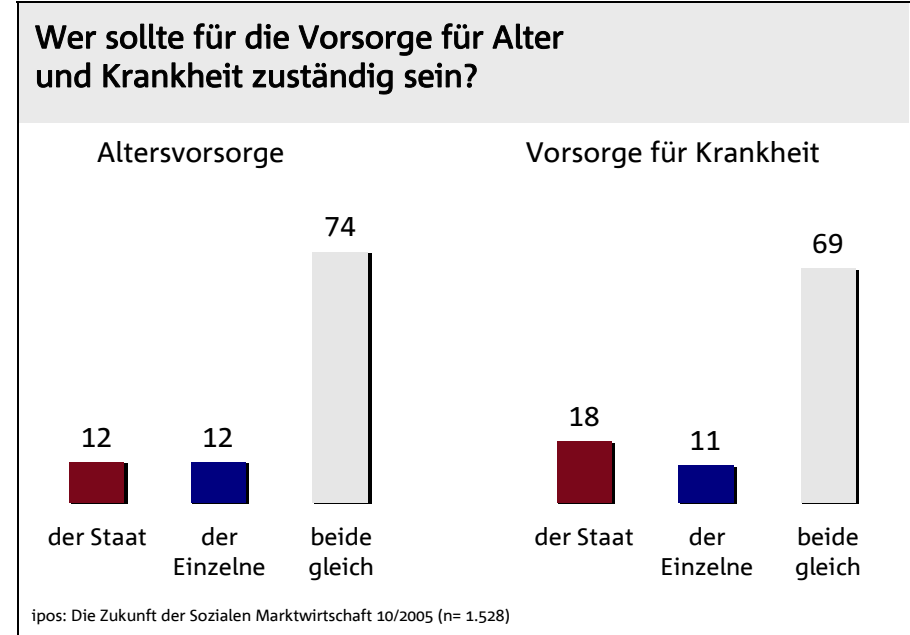


Die Mehrheit der Deutschen will nicht nur, dass der mit der „Agenda 2010“ begonnene Reformkurs künftig fortgesetzt wird (siehe linke Grafik), eine gleich große Mehrheit von 55% rechnet damit, dass dies auch tatsächlich geschieht. Knapp ein Fünftel geht davon aus, dass die bisherigen Reformen zwar Bestand haben, aber keine weiteren Maßnahmen hinzukommen. 12% der Befragten erwarten, dass die bisher umgesetzten Reformen zurückgenommen werden.

3. Sozialstaat und Reformbereitschaft

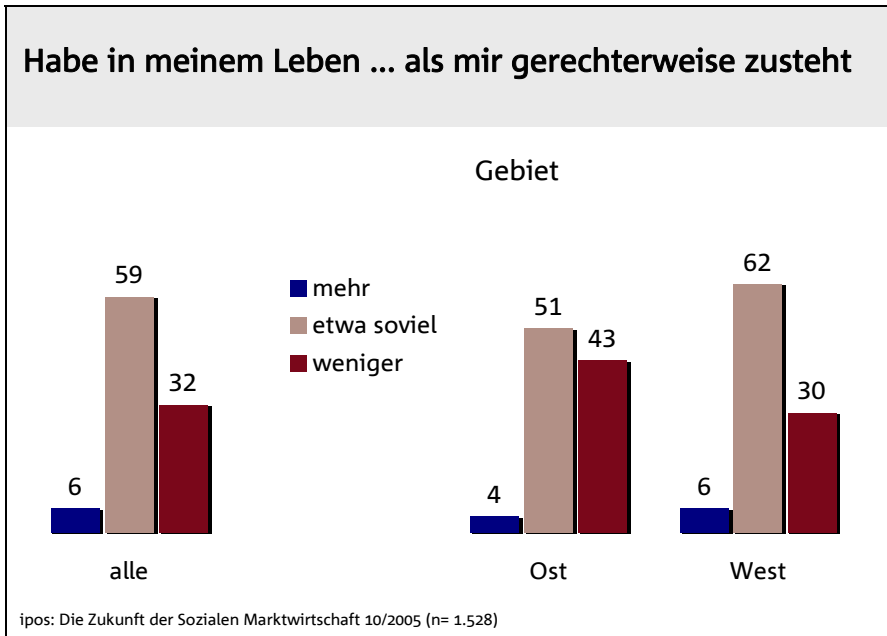


Trotz der mehrheitlichen Befürwortung weiterer Reformen im Sinne der „Agenda 2010“, sehen viele Befragte in solchen Reformen vor allem die Belastungen und weniger den Nutzen, den sie den Bürgern letztlich bringen sollen. Nur rund jeder fünfte Deutsche meint, dass die Reformen für die Bürger insgesamt mehr Nutzen bringen. Jeweils etwas mehr als ein Drittel verbindet hingegen mit den Reformen entweder mehr Belastungen oder gleichermaßen Nutzen wie Belastungen. Besonders skeptisch sind in diesem Zusammenhang die Wähler der Linkspartei.PDS.



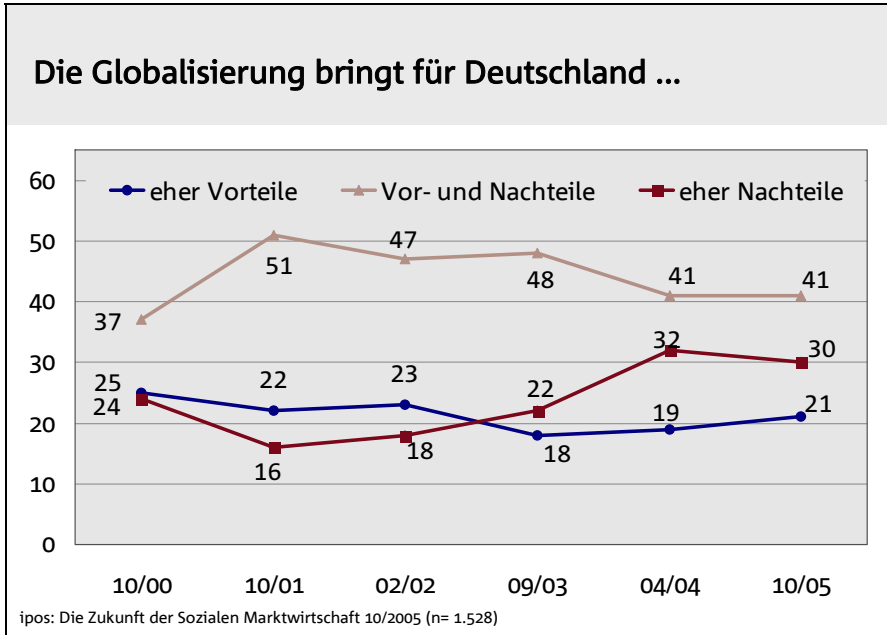
Die Deutschen sind sich ihrer Mitverantwortung bei der Alters- und Krankheitsvorsorge durchaus bewusst. Jeweils große Mehrheiten sind der Auffassung, dass diese Aufgaben sowohl in der Verantwortung des Einzelnen als auch der des Staates liegen. Dass nur der Staat oder nur der Einzelne für die Vorsorge zuständig ist, denkt in beiden Fällen jeweils nur eine Minderheit. Die grundsätzliche Bereitschaft vieler Bürger, ihrer Eigenverantwortung gerecht zu werden, spricht dafür, die Rahmenbedingungen für private Vorsorge in Deutschland weiter zu verbessern.

3. Sozialstaat und Reformbereitschaft

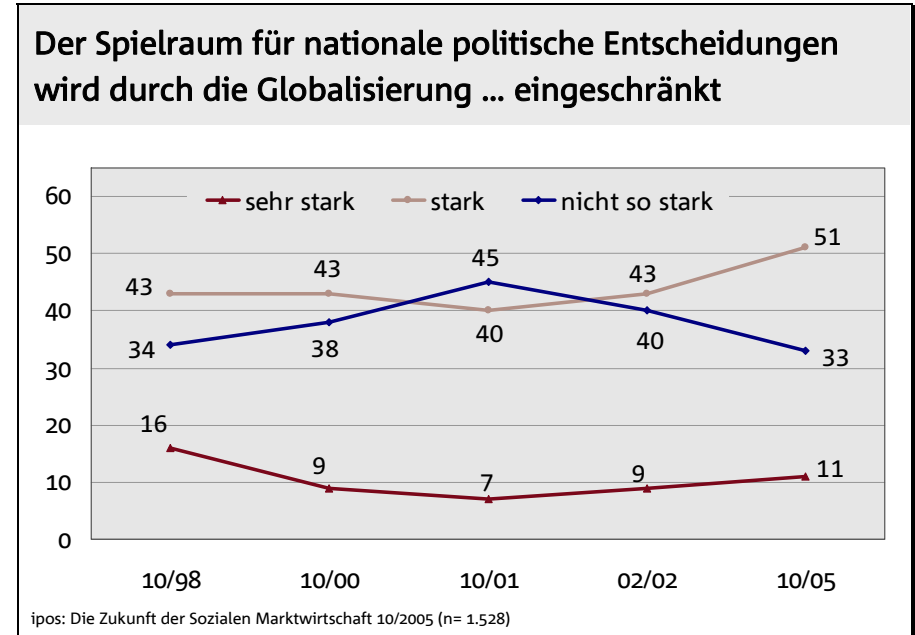


Sechs von zehn Deutschen sind mit ihrem Leben insoweit zufrieden als sie angeben, ungefähr soviel zu haben, wie ihnen ihrer Ansicht nach zusteht. 6% meinen sogar, dass sie eher mehr haben, als ihnen eigentlich zusteht. Knapp ein Drittel fühlt sich hingegen eher benachteiligt. In Ostdeutschland liegt dieser Anteil (43%) deutlich höher als in Westdeutschland (30%). Bei dieser Beurteilung spielt die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage naturgemäß eine dominierende Rolle.

4. Einstellungen zur Globalisierung

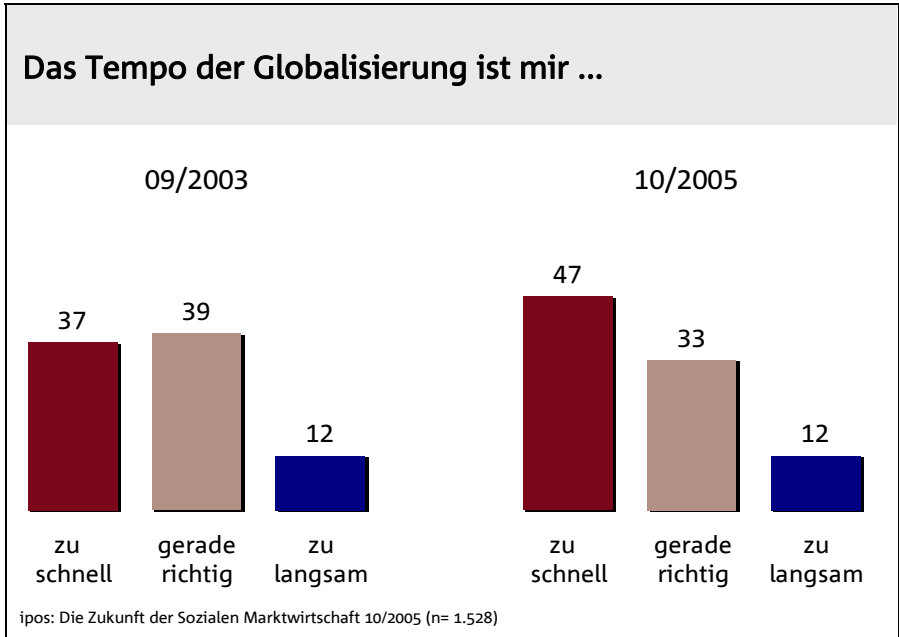


Die Deutschen begegnen der Globalisierung eher mit Skepsis. So übersteigt der Anteil derer, die eher Nachteile aus der Globalisierung vermuten (30%), die Zahl jener (21%), die in erster Linie Vorteile erkennen. Seit 2001 ist der Anteil der skeptischen Bürger deutlich gestiegen. Offenbar folgen viele dem in der öffentlichen Debatte verbreiteten Tenor, vor allem die Globalisierung sei für die deutschen Wirtschaftsprobleme verantwortlich. Sich der Vorteile der Globalisierung stärker bewusst zu sein, ist eine wichtige Voraussetzung, um die mit ihr verbundenen Chancen richtig nutzen zu können.

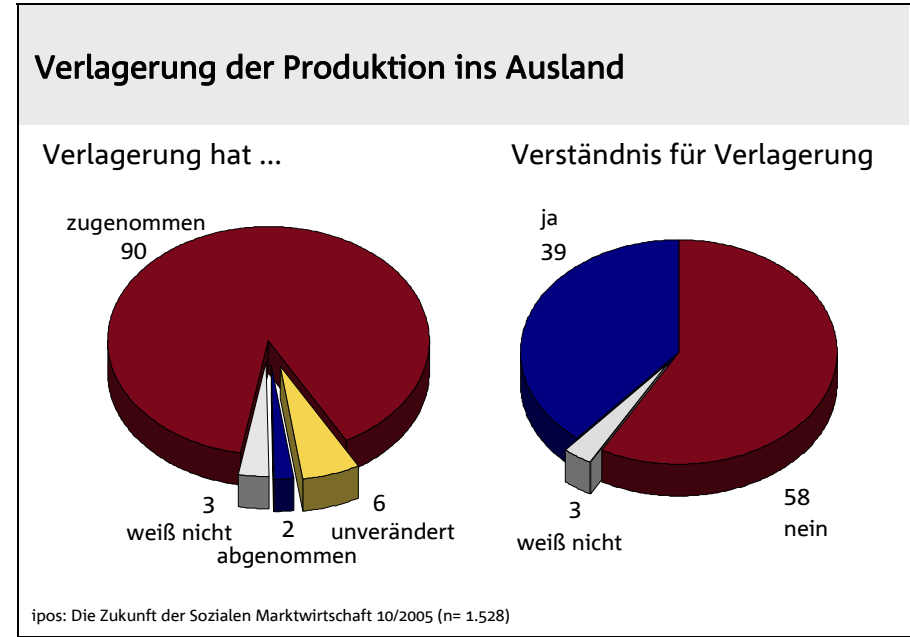


Mehr als sechs von zehn Deutschen sehen den Spielraum für nationale politische Entscheidungen durch die Globalisierung „stark“ (51%) oder „sehr stark“ (11%) eingeschränkt. Der Anteil, der einen „nicht so starken“ Einfluss auf die nationale Politik unterstellt (33%), ist seit einigen Jahren rückläufig. Die wahrgenommene Einschränkung nationaler Autonomie erklärt sicher einen Teil der kritischen Beurteilung der Globalisierung. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Befürchtungen realistisch sind. Schließlich gibt es viele Länder, die als klare Gewinner aus der Globalisierung hervorgehen.

4. Einstellungen zur Globalisierung



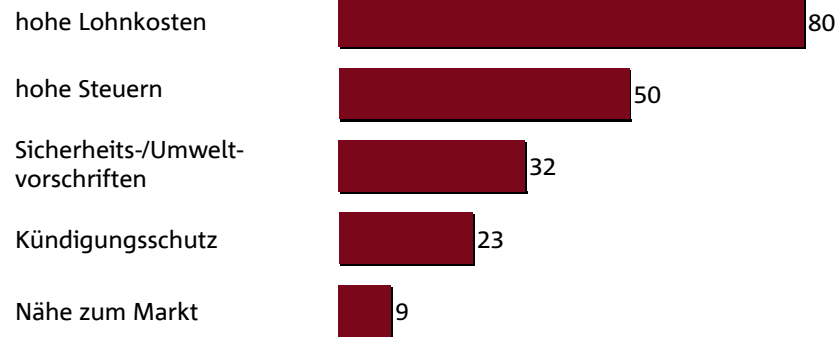
Fast der Hälfte der Befragten (47%) geht der Globalisierungsprozess heute zu schnell vorstatten, für ein Drittel der Bevölkerung ist das Tempo gerade richtig und 12% sind der Meinung, dass die internationale Verflechtung noch schneller voran gehen sollte. Im Vergleich zu 2003 ist der Anteil derjenigen, denen die Globalisierung zu schnell voran schreitet, deutlich angewachsen.



Neun von zehn Befragten glauben, dass immer mehr deutsche Unternehmen ihre Produktionsstandorte ins Ausland verlagern. 39% der Befragten können die Gründe der Unternehmen, ins Ausland abzuwandern, nachvollziehen, 58% haben dafür hingegen kein Verständnis. Bei dieser Problematik gibt es deutliche Alters- und Bildungsunterschiede: Je jünger die Befragten, desto größer ist ihr Verständnis für die Produktionsverlagerung. Befragte mit Abitur oder Hochschulabschluss zeigen ebenfalls deutlich häufiger Verständnis als Befragte mit Hauptschulabschluss oder Mittlerer Reife.

4. Einstellungen zur Globalisierung

Vermutete Gründe, warum Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern

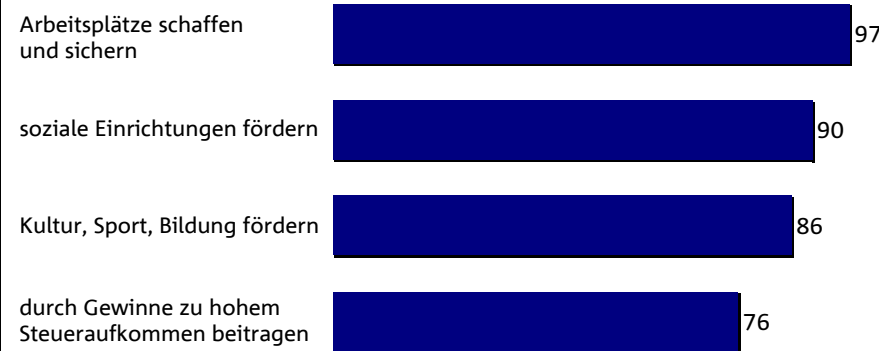


ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

Die wichtigsten Gründe dafür, dass Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern, erkennen die Befragten in den hohen Lohnkosten (80%) sowie in den hohen Unternehmensteuern (50%) in Deutschland. Um Unternehmen möglichst am Wirtschaftsstandort Deutschland zu halten, ist somit in den Augen der Bürger vor allem die Lohnpolitik in der Verantwortung, ferner aber auch der Staat mit Blick auf eine deutliche Senkung der Lohnzusatzkosten sowie die Gestaltung der Rahmenbedingungen im Bereich der Unternehmensbesteuerung.

5. Die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen

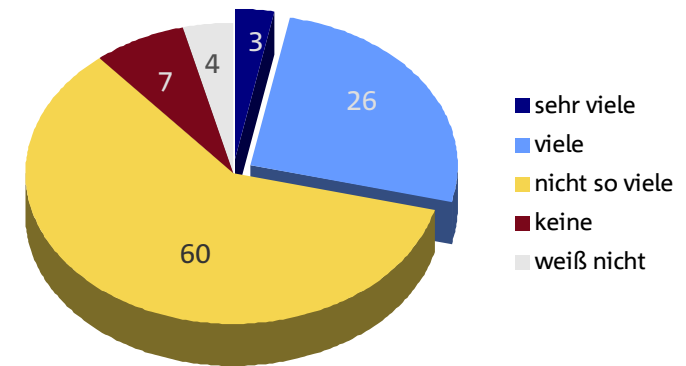
Worin besteht die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen?



ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

Gegenüber Unternehmen bestehen im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Verantwortung in der Bevölkerung hohe Erwartungen: Die überwiegende Mehrheit der Deutschen sieht nicht nur die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern auch das Engagement für nicht unmittelbare Unternehmensziele wie die Förderung von sozialen Einrichtungen, von Kultur, Sport und Bildung als eine Aufgabe der Unternehmen an.

Setzen sich viele Unternehmen für die Gesellschaft ein?

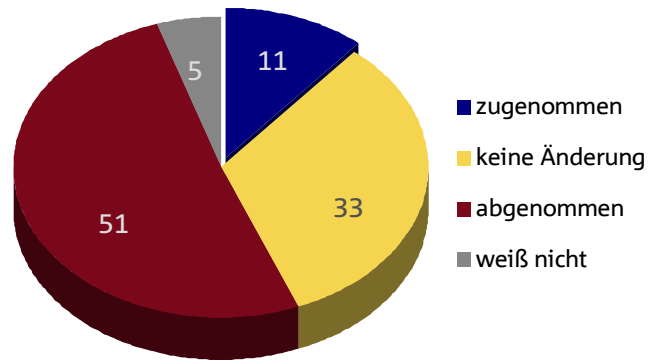


ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

Das Ausmaß des gesellschaftlichen Engagements der Unternehmen in Deutschland wird nur unzureichend gewürdigt: Dass sich (sehr) viele Unternehmen über ihre Geschäftsinteressen hinaus für die Gesellschaft einsetzen, glauben nur drei von zehn Deutschen. Die deutliche Mehrheit hingegen ist der Ansicht, dass nur wenige Unternehmen bereit sind, sich über ihre eigenen Interessen hinaus für gesellschaftliche Belange zu engagieren. 7% der Deutschen gehen sogar davon aus, dass dies bei „so gut wie keinem“ Unternehmen der Fall ist.

5. Die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen

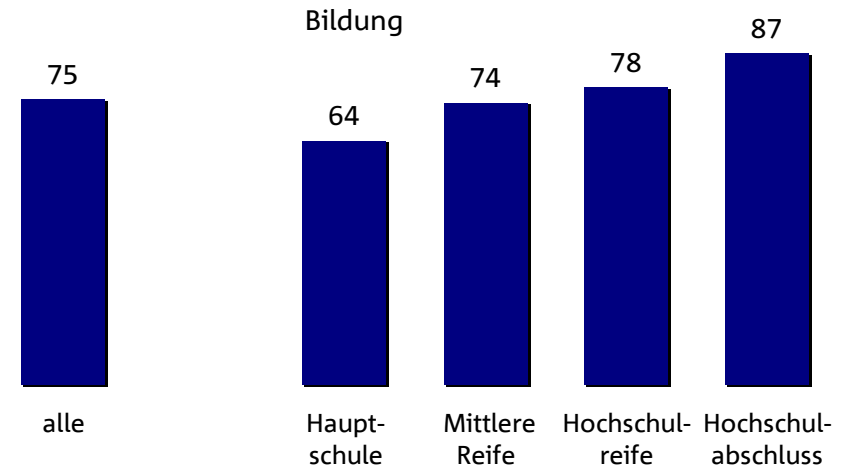
Das gesellschaftliche Engagement der Unternehmen hat in den letzten Jahren ...



ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

Obwohl im Bereich der Corporate Social Responsibility (CSR) gerade in den vergangenen Jahren ein erheblicher Zuwachs an Unternehmensinitiativen zu verzeichnen ist, glaubt rund die Hälfte der Bevölkerung, dass das gesellschaftliche Engagement deutscher Unternehmen in letzter Zeit zurückgegangen ist. Dass es in Bezug auf das Engagement keine großen Veränderungen gegeben hat, meint ein Drittel der Befragten, nur 11% können eine Zunahme der Unternehmen erkennen.

Es ist in Ordnung, wenn gesellschaftliches Engagement mit geschäftlichen Interessen verbunden wird

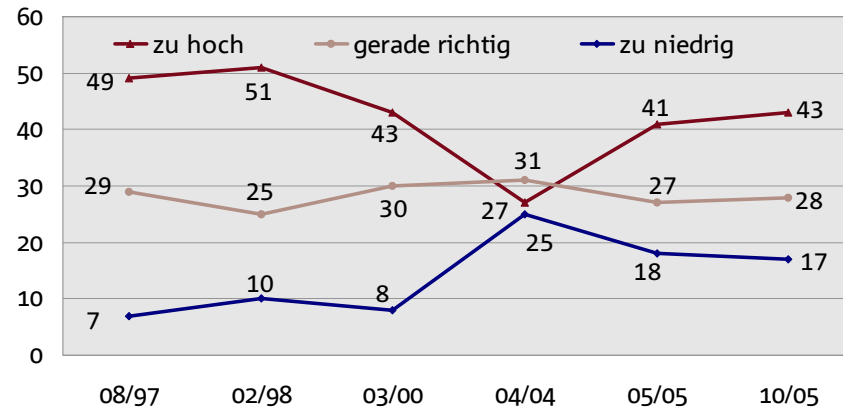


ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

Wenn Unternehmen ihr gesellschaftliches Engagement mit geschäftlichen Interessen verknüpfen, halten das drei Viertel der Befragten für legitim. Die Bürger erkennen offenkundig, dass eine solche Verbindung für alle Seiten vorteilhaft ist. Mit steigendem Bildungsgrad wächst der Anteil der Befragten, der eine Verbindung von Geschäftsinteressen und gesellschaftlichem Engagement für in Ordnung hält.

5. Die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen

Die Unternehmensgewinne sind ...

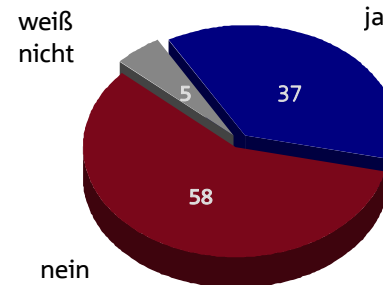


ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

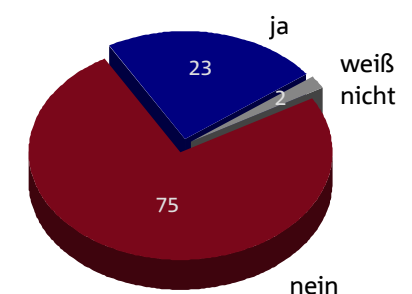
Während zwischen 1998 und 2004 der Anteil der Bevölkerung, der die Gewinne der Unternehmen für zu hoch hält, stark abgenommen hatte (von 51% auf 27%), stieg dieser Anteil bis zum Frühjahr 2005 wieder erheblich an. Der Zeitpunkt dieses Meinungsumschwungs spricht stark für die Annahme, dass er auch eine Folge der im Frühjahr 2005 sehr emotional geführten „Kapitalismus-Debatte“ gewesen ist. Gerade zur Aufklärung über die Bedeutung und Notwendigkeit von Unternehmensgewinnen hat diese Diskussion keinen hilfreichen Beitrag geleistet.

Meinung zu Unternehmensgewinnen

Hohe Unternehmensgewinne sind moralisch bedenklich



Hohe Unternehmensgewinne nutzen der Gesellschaft

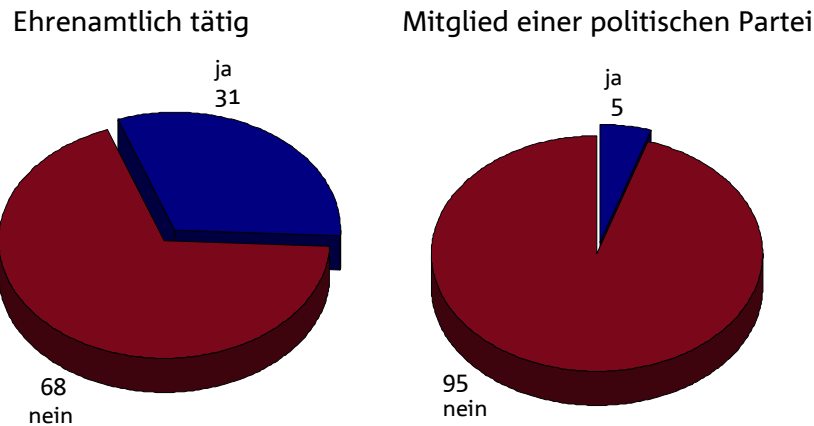


ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

Zu Unternehmensgewinnen haben viele Deutsche eine sehr ambivalente Grundhaltung, die auch offensichtlich relativ emotional bestimmt ist. Obwohl ohne Unternehmensgewinne weder Wachstum, Beschäftigung, Wohlstand überhaupt, möglich wäre, glauben fast vier von zehn Befragten, dass hohe Gewinne „moralisch bedenklich“ seien. Von Defiziten im Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge zeugt schließlich auch, dass drei Viertel der Bevölkerung meinen, Unternehmensgewinne kämen nur dem jeweiligen Unternehmen, nicht aber auch der Gesellschaft insgesamt zugute.

6. Eigeninitiative in der Bürgergesellschaft

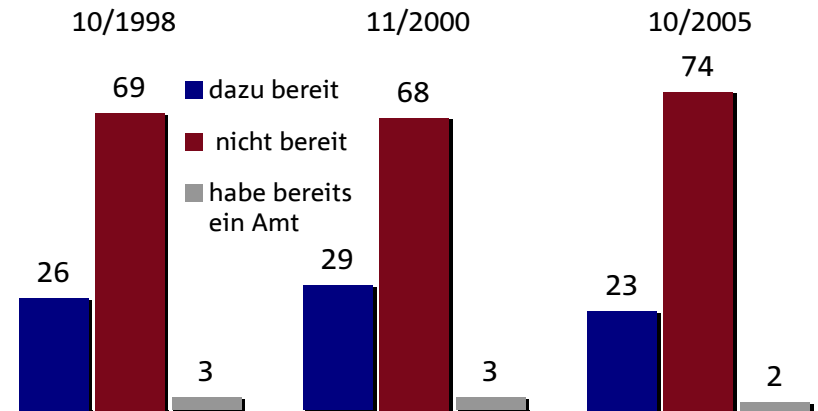
Ehrenamtliche Tätigkeit und Mitgliedschaft in einer politischen Partei



ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

Während viele Bürger durchaus hohe Erwartungen an den Staat, aber auch an die Wirtschaft haben, sind sie selbst keineswegs immer in dem gleichen Maße bereit, sich für die Gesellschaft zu engagieren: Weniger als ein Drittel der Befragten übt eine ehrenamtliche Tätigkeit in einem Verein oder einer Initiative aus. Und nur knapp 5% der Befragten geben an, Mitglied in einer politischen Partei zu sein. Mit der Höhe des formalen Bildungsgrades steigt der Anteil derjenigen an, die in einem Verein oder einer politischen Partei engagiert sind.

Bereitschaft, ein politisches Amt zu übernehmen



ipos: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft 10/2005 (n= 1.528)

Die Bereitschaft der Deutschen, ein politisches Amt zu übernehmen, ist ebenfalls gering ausgeprägt: Weniger als ein Viertel der Befragten kann sich dies für die Zukunft überhaupt vorstellen, drei Viertel der Deutschen aber nicht. Dabei ist die auch in früheren Jahren schon geringe Bereitschaft zur politischen Betätigung in den letzten Jahren noch mal deutlich zurückgegangen.

Methodisch-statistische Anmerkungen

Die beiden Umfragen zur Studie „Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“ wurden von i p o s im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken in der Zeit vom 26. September bis 1. Oktober und vom 8. bis 10. November 2005 durchgeführt. Bei diesen Umfragen wurden 1.528 Personen bzw. 1.230 Personen ab 18 Jahren in Deutschland telefonisch befragt. Darüber hinaus wird auf eine Erhebung der Forschungsgruppe Wahlen (Politbarometer 47. KW) hingewiesen, die vom 22. bis 24. November 2005 unter 1.298 Befragten ab 18 Jahren durchgeführt wurde. Die Ergebnisse aller zitierten Umfragen sind repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Alle Ergebnisse sind in Prozent angegeben.

Bei der Interpretation der Daten muss berücksichtigt werden, dass es sich bei der Auswahl der Befragten um Zufallsstichproben handelt, die anstelle der Gesamtheit untersucht werden. Für die Erhebung ergibt sich folgender Vertrauensbereich: Wenn in der Umfrage bei einer Stichprobengröße von $n=1.500$ ein Wert von 50% ermittelt wird, liegt der wahre Wert in der Gesamtheit aller Wahlberechtigten mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% im Bereich von 47,5% bis 52,5%. Beträgt die Merkmalsausprägung 10%, so liegt der wahre Wert zwi-

schen 8,5% und 11,5%. Insofern müssen geringfügige Unterschiede sehr vorsichtig interpretiert werden.

In diesem Bericht finden neben Ergebnissen aus den aktuellen Umfragen auch Daten aus folgenden Studien Verwendung:

- 05/2005 Soziale Marktwirtschaft
- 04/2004 Wirtschaftsstandort Deutschland
- 09/2003 Transatlantische Beziehungen
- 10/2002 Deutschland im Aufbruch?
- 02/2002 Wirtschaftsstandort Deutschland
- 10/2001 Die Zukunft der Nation
- 11/2000 Deutschland im Wandel
- 10/2000 Deutschland und die Globalisierung
- 03/2000 Wirtschaftsstandort Deutschland
- 10/1998 Deutschland Richtung geben
- 02/1998 Wirtschaftsstandort Deutschland
- 08/1997 Modell Deutschland?
- 02/1996 Wirtschaftsstandort Deutschland
- 05/1994 Wirtschaftsstandort Deutschland

Fragen im Wortlaut

S.1 Was ist Ihr Eindruck: Herrscht in Deutschland jetzt nach der Wahl ...

- eine Aufbruchstimmung oder
 - herrscht keine Aufbruchstimmung?
-

S.1 Glauben Sie, dass eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland ...

- besser lösen kann als die bisherigen Regierung aus SPD und Grünen,
 - glauben Sie, dass sie sie schlechter lösen kann oder
 - gibt es da keinen großen Unterschied?
-

S.2 Bei der Bundestagswahl haben weder SPD und Grüne noch CDU/CSU und FDP eine Mehrheit im Bundestag erreicht. Glauben Sie, dass die nun angestrebte Koalition aus CDU/CSU und SPD ...

- unter diesen Umständen die beste Lösung ist oder
 - wäre eine andere Koalition besser?
-

S.3 Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland? Ist sie ...

- gut,
 - teils gut/ teils schlecht oder
 - schlecht?
-

S.3 Wie wird es in einem Jahr sein? Erwarten Sie, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Allgemeinen dann ...

- besser,
 - etwa so wie heute oder
 - schlechter sein wird?
-

S.4 Was meinen Sie, wird sich die Lage am Arbeitsmarkt in nächster Zeit ...

- eher verbessern,
 - eher verschlechtern oder
 - wird sich da nicht viel ändern?
-

S.4 Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Ist sie ...

- gut,
 - teils gut/ teils schlecht oder
 - schlecht?
-

S.5 Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen?
Sind Sie damit ...

- eher zufrieden oder
 - eher unzufrieden?
-

S.5/6 Alles in allem gesehen: Was denken Sie, wie gut oder wie schlecht funktioniert unser politisches System heute?

- Unser politisches System funktioniert gut und muss nicht verändert werden.
 - Es funktioniert im Großen und Ganzen gut, muss aber in einigen Punkten verändert werden.
 - Es funktioniert nicht gut und muss in vielen Punkten verändert werden.
 - Es funktioniert überhaupt nicht gut und muss völlig verändert werden.
-

Fragen im Wortlaut

S.6 Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen aus dem Bereich des öffentlichen Lebens und möchte gerne wissen, ob Sie diesen Einrichtungen vertrauen oder nicht vertrauen. „Plus 5“ bedeutet, dass Sie der Einrichtung voll vertrauen. „Minus 5“ bedeutet, dass Sie ihr überhaupt nicht vertrauen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen.

Wie ist das mit ...

- den Gerichten
 - der Polizei
 - der Bundesregierung
 - dem Bundestag
 - dem Bundesverfassungsgericht
 - der Bundesbank
 - den Parteien
-

S.7 Ganz allgemein, verbinden Sie mit dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ ...

- überwiegend etwas Gutes,
 - überwiegend etwas Schlechtes oder
 - haben Sie dazu keine bestimmte Vorstellung?
-

S.7/8 Was meinen Sie zur Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik, der Sozialen Marktwirtschaft?

- Hat sie sich bisher bewährt oder
 - hat sie sich bisher nicht bewährt?
-

S.8/9 Wenn es um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft geht: Brauchen wir da ...

- eher mehr Markt, also freieren Wettbewerb,
 - eher mehr soziale Absicherung oder
 - brauchen wir da keine großen Änderungen?
-

S.9 Wenn es darum geht unseren Wohlstand zu sichern:

- Ist das in erster Linie Aufgabe jedes Einzelnen oder
 - ist das in erster Linie Aufgabe des Staates?
-

S.10 Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zum Wettbewerb zwischen den Unternehmen und zum Eigentum in Deutschland. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diesen Aussagen ...

- voll und ganz zustimmen,
- eher zustimmen,
- eher nicht zustimmen oder
- überhaupt nicht zustimmen.

- a. Harter Wettbewerb zwischen den Unternehmen ist eine gute Sache, weil er Unternehmen zu besseren Leistungen zwingt.
 - b. Harter Wettbewerb zwischen den Unternehmen kostet viele Arbeitsplätze.
 - c. Harter Wettbewerb zwischen den Unternehmen ist unmenschlich und müsste eigentlich nicht sein.
 - d. Harter Wettbewerb zwischen den Unternehmen führt dazu, dass die Preise für die Verbraucher sinken.
 - e. Das Streben nach Eigentum ist ein starker Antrieb für wirtschaftliche Leistungen.
 - f. Der Schutz des Eigentums ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates.
-

S.11 Haben Sie schon einmal von dem wirtschaftlichen Grundprinzip ‚Angebot und Nachfrage‘ gehört?

- ja
 - nein
-

Fragen im Wortlaut

S.11 Wie stark interessieren Sie sich für Wirtschaft?

- sehr stark,
 - stark,
 - etwas,
 - kaum oder
 - gar nicht
-

S.12 Was meinen Sie: Werden in unserer Gesellschaft ...

- zu wenige Dinge nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt,
 - zu viele Dinge nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt oder
 - ist das gerade richtig?
-

S.13 Lebt unsere Gesellschaft ...

- im Wohlstand oder
 - ist das nicht der Fall?
-

S.13 Was meinen Sie:

- Ist unser Wohlstand in Gefahr oder
 - ist er nicht in Gefahr?
-

S.14 Wenn Sie an den Zustand unserer sozialen Sicherungssysteme denken, also an die Renten-, Kranken- und die Arbeitslosenversicherung: Meinen Sie, dass da im Großen und Ganzen ...

- alles in Ordnung ist,
 - dass es größere Probleme gibt oder
 - stehen die sozialen Sicherungssysteme kurz vor dem Zusammenbruch?
-

S.14/15 Im Wahlkampf wurde über Kürzungen im Sozialsystem gesprochen. Wie ist das bei Ihnen: Halten Sie Kürzungen im Sozialsystem ...

- für notwendig oder
 - halten Sie die nicht für notwendig?
-

S.15 Glauben Sie, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung mit Kürzungen im Sozialsystem ...

- einverstanden wäre oder
 - glauben Sie das nicht?
-

S.15 Dem Staat fehlt Geld. Wie sollten Ihrer Meinung nach die fehlenden finanziellen Mittel aufgebracht werden: Durch ...

- die Erhöhung von Steuern und Abgaben,
 - durch die Kürzungen von Ausgaben oder
 - durch zusätzliche Schulden?
-

S.16 Was meinen Sie zu den von Bundeskanzler Gerhard Schröder im Rahmen der Agenda 2010 begonnenen Reformen? Sollte es ...

- bei den bislang schon umgesetzten Reformen bleiben,
 - sollten die Reformen in absehbarer Zeit weiter fortgeführt werden oder
 - sollten die bisherigen Reformen wieder zurückgenommen werden?
-

S.16 Was erwarten Sie: Wie wird es mit diesen Reformen weitergehen?

- Wird es bei den bislang schon umgesetzten Reformen bleiben,
 - werden die Reformen in absehbarer Zeit weiter fortgeführt oder
 - werden die bisherigen Reformen wieder zurückgenommen?
-

Fragen im Wortlaut

S.17. Die von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit der so genannten "Agenda 2010" begonnenen Reformen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und zur Senkung der Ausgaben für Sozialleistungen sollen unter der neuen Bundesregierung fortgeführt werden. Wenn Sie einmal Belastungen und Nutzen für die Bürger abwägen: Glauben Sie das die Reformen den Bürgern langfristig ...

- eher mehr Belastungen bringen,
 - eher mehr Nutzen bringen oder
 - dass sich Belastungen und Nutzen für die Bürger in etwa ausgleichen?
-

S.17. Was meinen Sie zur Vorsorge für das Alter:

- Sollte dafür in erster Linie der Staat,
 - sollte dafür in erster Linie jeder Einzelne selbst zuständig sein oder
 - sollten dafür beide gleichermaßen verantwortlich sein?
-

S.17 Wie ist das mit der Vorsorge für den Krankheitsfall:

- Sollte dafür in erster Linie der Staat,
 - sollte dafür in erster Linie jeder Einzelne selbst zuständig sein oder
 - sollten dafür beide gleichermaßen verantwortlich sein?
-

S.18 Wenn Sie einmal an Ihr gegenwärtiges Leben denken, haben Sie da alles in allem gesehen ...

- eher mehr, als Ihnen gerechterweise zusteht,
 - ungefähr das, was Ihnen gerechterweise zusteht oder
 - eher weniger, als Ihnen gerechterweise zusteht?
-

S.19 In der Politik und der Wirtschaft wird häufig über das Thema Globalisierung, also die internationale wirtschaftliche und gesellschaftliche Verflechtung, gesprochen. Was meinen Sie: Bringt die Globalisierung für Deutschland ...

- eher Vorteile,
 - eher Nachteile oder
 - gleichen sich Vor- und Nachteile aus?
- weiß nicht
-

S.19 Heutzutage gibt es in Politik und Wirtschaft eine starke internationale Verflechtung. Was meinen Sie: Wird dadurch der Spielraum für politische Entscheidungen in Deutschland ...

- sehr stark,
 - stark oder
 - nicht so stark eingeschränkt?
-

S.20 Ist Ihnen das momentane Tempo der Globalisierung ...

- eher zu schnell,
 - eher zu langsam oder
 - ist das gerade richtig?
-

S.20 Und was meinen Sie: Hat die Verlagerung der Produktion von Deutschland ins Ausland in den letzten Jahren ...

- eher zugenommen,
 - eher abgenommen oder
 - hat sich da nicht so viel geändert?
-

Fragen im Wortlaut

S.20 Und haben Sie Verständnis dafür, dass deutsche Firmen ihre Produktion ins Ausland verlegen, wenn sie dort wesentlich günstigere Bedingungen vorfinden oder haben Sie dafür kein Verständnis?

- Verständnis
 - kein Verständnis
-

S.21 Wenn deutsche Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlegen, woran liegt das Ihrer Meinung nach hauptsächlich? An ...

- den hohen Lohnkosten in Deutschland,
 - den strengeren Sicherheits- und Umweltvorschriften in Deutschland,
 - weil deutsche Unternehmen dort produzieren müssen, wo sie ihre Produkte verkaufen wollen,
 - den hohen Steuern in Deutschland oder
 - den Vorschriften zum Kündigungsschutz?
-

S.22 Glauben Sie, dass es zur gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen in Deutschland gehört ...

- durch erwirtschaftete Gewinne zu einem möglichst hohen Steueraufkommen beizutragen?
 - Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen und zu sichern?
 - soziale Einrichtungen zu fördern?
 - Kultur, Sport oder Bildung zu fördern?
-

S.22 Was meinen Sie: Wie viele Unternehmen in Deutschland setzen sich über ihre Geschäftsinteressen hinaus für die gesellschaftliche Entwicklung ein? Sind das ...

- sehr viele,
 - viele,
 - nicht so viele oder
 - so gut wie keine Unternehmen?
-

S.23 Was meinen Sie: Übernehmen die Unternehmen in Deutschland heute ...

- mehr gesellschaftliche Verantwortung als vor einigen Jahren,
 - weniger gesellschaftliche Verantwortung als vor einigen Jahren oder
 - hat sich da nicht viel verändert?
-

S.23 Finden Sie es in Ordnung, wenn Unternehmen mit ihrem gesellschaftlichen Engagement auch geschäftliche Interessen verfolgen oder finden Sie das nicht in Ordnung?

- in Ordnung
 - nicht in Ordnung
-

S.24 Was meinen Sie zu den Gewinnen der Unternehmen in Deutschland? Sind die Unternehmensgewinne ...

- zu hoch,
 - zu niedrig oder
 - sind diese gerade richtig?
-

S.24 Wenn Unternehmen hohe Gewinne machen, ist das Ihrer Meinung nach ...

- moralisch bedenklich oder
 - ist das nicht der Fall?
-

S.24 Wenn die Unternehmen in Deutschland hohe Gewinne machen, ...

- kommt das dann der gesamten Gesellschaft zugute oder
 - ist das nicht der Fall?
-

Fragen im Wortlaut

S.25 Sind Sie selbst in irgendeinem Verein oder einer Initiative ehrenamtlich tätig?

- ja
 - nein
-

S.25 Sind Sie Mitglied in einer politischen Partei?

- ja
 - nein
-

S.25 Wären Sie bereit, ein politisches Amt, z.B. in Ihrer Gemeinde oder Stadt, ...

- zu übernehmen,
 - wären Sie dazu nicht bereit oder
 - haben Sie bereits ein politisches Amt?
-

Kurzportrait

i p o s Institut für praxisorientierte Sozialforschung, Mannheim

i p o s wurde im Jahre 1973 gegründet, kurz danach Anfang 1974 sein Schwesterinstitut Forschungsgruppe Wahlen e.V. Im Gegensatz zur Forschungsgruppe Wahlen e.V. ist i p o s ein privates Einzelunternehmen von Matthias Jung, der auch Vorstand der Forschungsgruppe Wahlen e.V. ist. Da vertraglich der Name Forschungsgruppe Wahlen e.V. exklusiv für das ZDF als einzigen Auftraggeber reserviert ist, werden Forschungsvorhaben anderer Auftraggeber von i p o s durchgeführt.

i p o s betätigt sich in den Bereichen Meinungs-, Medien-, Image- und Wahlforschung sowie im Bereich der Politikberatung. Basis für die Tätigkeit von i p o s sind in erster Linie Methoden der quantitativ-empirischen Sozialforschung. Dabei führt die Feldarbeit für i p o s in der Regel die FGW Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH durch, die in Mannheim über ein Telefonstudio mit 113 computergestützten Telefonarbeitsplätzen (CATI) verfügt.

Sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands kommen dabei von i p o s erstellte Stichproben zum Einsatz, die aus den

Daten der jeweils letzten nationalen Wahl gewonnen werden und die die gleichen Qualitätskriterien erfüllen müssen wie die für Hochrechnungen benutzten Stichproben. Die Auswahl der zu befragenden Personen erfolgt dabei immer streng nach dem Zufallsprinzip, da nur so wirklich repräsentative Ergebnisse erzielt werden können.

In den letzten Jahren ist i p o s auch verstärkt auf dem Gebiet der Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit tätig geworden und hat hierzu neue Instrumente und Auswahltechniken entwickelt.

i p o s Institut für praxisorientierte Sozialforschung

Matthias Jung

68016 Mannheim • Postfach 10 16 02

Tel. 0621/1233-0 • Fax: 0621/1233-199